:antifaschistische nachrichten Nr. 7

g 3336 31.3.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Die Hölle von Idomeni

Ministerpräsident Ramelow will 2000 Flüchtlinge aus Idomenie nach Thüringen holen

Die Situation an der griechisch-mazedonischen Grenze wird für die Menschen immer unerträglicher – inzwischen überlegt auch die griechische Regierung doch keine ankommenden Flüchtlinge in die Türkei zurückzuschicken, da die Türkei kein sicheres Drittland sei und es der türkischen Erdogan-Regierung wohl nur um EU-Milliarden und um Menschenhandel gehe.

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) ist zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge etwa aus dem griechischen Grenzort Idomeni bereit. „Wir können unseren Teil zu einer europäischen Kontingentlösung beitragen“, sagte Ramelow dem Spiegel.

Derzeit stünden von zehn Erstaufnahmeunterkünften im Freistaat sieben leer. Ramelow zufolge könnte Thüringen im Rahmen einer koordinierten Aktion mehrerer Bundesländer „1000 bis 2000 Flüchtlinge“ aufnehmen, „die im griechischen Idomeni gestrandet sind und verzweifelt auf Hilfe hoffen“.

Voraussetzung sei, dass die Bundesregierung in Visafragen und bei der Logistik helfe. In einem völlig überfüllten Camp in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze sitzen mehr als zehntausende Flüchtlinge fest, weil Mazedonien die Grenze geschlossen hat.

Die Bereitschaft Ramelows zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge wird offenbar von Seiten der Wirtschaft positiv gesehen. „Ich wurde schon von Arbeitgebern angesprochen, die sich Sorgen machen, dass nun keine Flüchtlinge mehr zu uns kommen“, sagte der Linken-Politiker dem *Spiegel*.

Auch der Sprecher des Athener Flüchtlingskrisenstabes, Giorgos Kyritsis, und Migrationsminister Ioannis Mouzalas betonten nach griechischen Medienberichten, eine Zwangsräumung von Idomeni werde es nicht geben. Die griechischen Behörden hoffen nach dpa-Informationen, in den kommenden zwei bis drei Tagen etwa 1000 bis 1500 Migranten aus Idomeni ins Landesinnere bringen zu können.

Quelle: http://internetz-zeitung.eu ■

„Kopp“-Kongress in Fürth

Fürth. Am 23. April will der „Kopp“-Verlag (Rottenburg) in der Stadthalle Fürth einen Kongress unter dem Motto „Perfekte Krisenvorsorge“ durchführen. Angekündigt werden Vorträge zu Themen wie „Bargeldverbot“, „Selbstversorgung“, zum Verhalten bei „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ und zu „Selbstschutzkonzepten“, die von Andreas Häckel, Janne Kipp, Lars Konarek, Stefan Schubert und Wolf-Dieter Storl gehalten werden sollen.

hma ■

„Civitas-Kongreß“ in Bonn

Bonn. Das um die Piusbruderschaft angesiedelte „Civitas-Institut“ führt am 16. und 17. April seinen nächsten Kongress in Bonn durch. Unter dem Motto „Die katholische Schule und die Gesundung der Gesellschaft“ werden als Referenten u.a. Josef Kraus, Präsident des „Deutschen Lehrerverbandes“ und Autor der „Jungen Freiheit“, und Hedwig von Beverfoerde, Sprecherin der „Initiative Familienschutz“ und Mitorganisatorin der „Demo für Alle“ in Stuttgart, angekündigt.

hma ■

Deutschland 2016

Rassistische Massenbewegung, Gewalt und die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Regierungskoalition

Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf, Forschungsschwerpunkt-Rechtsextremismus/Neonazismus

Neben den bekannten extrem rechten Parteien haben sich in der letzten Zeit in vielen Städten sog. „besorgte Bürger“ und Pegida-Ableger etabliert. Geeint unter rassistischen Forderungen hetzen sie gegen Geflüchtete und Muslime. Die mörderischen Folgen der Hetze sind offensichtlich: Alleine nach Angaben des Bundesinnenministeriums wurden bis Mitte Dezember 850 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert, 2014 waren es noch 199! Statt dem wirksam entgegenzutreten verschärft die Regierungskoalition mit einem Asylpaket nach dem anderen die Situation für Geflüchtete. Was kann diesen Entwicklungen aus antirassistischer Perspektive entgegengesetzt werden?

Hintergründe und aktuelle Herausforderungen nach den Landtagswahlen im März 2016

Wir diskutieren mit:

Christoph Cornides, Mitherausgeber der Antifaschistischen Nachrichten und Landesschatzmeister der LINKEN in Baden-Württemberg

Torsten Weil, Persönlicher Referent von Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt

Samstag, 23. April 2016, 13 bis 17 Uhr

Achtung: Diesmal eine andere Örtlichkeit

Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429 · 50825 Köln

ÖPNV: Vom HbF Köln mit der S 13 und S 12 (12.30, 12.40 Uhr) bis Bahnhof Ehrenfeld, Stadtauswärts 3 Minuten Fußweg

Veranstalter:

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund d. Antifaschisten Köln

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln

in Zusammenarbeit mit

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Antifaschistische Nachrichten
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Tel. 0221-211658

Prozess gegen Dittmer

Düsseldorf. Der Prozess gegen die „Dügida“-Aktivistin Melanie Dittmer aus Bornheim soll nun am 28. April vor dem Düsseldorfer Amtsgericht stattfinden. Dort soll es nicht nur darum gehen, daß Dittmer einen Beamten des polizeilichen Staatsschutzes bei dessen Tätigkeit während einer „Dügida“-Demo gefilmt und diese Aufnahme mit beleidigenden Kommentaren ins Internet gestellt hatte. Darüber hinaus sollen Beleidigungen von Polizisten und Schmäh-Rufe gegen eine Moschee behandelt werden. Letztere wertet die Anklage als Beleidigungen sowie als vorsätzliche und grobe Störung der Gottesdienste. Bisher sind für diesen Prozeß 21 Zeugen vorgesehen. *hma* ■

Aktionen der „Identitären“

Berlin/Grünhain. Am 13. März führten Anhänger der „Identitären Bewegung“ (IBD) aus Berlin und Brandenburg eine „Solidaritätskundgebung“ vor der Ungarischen Botschaft in Berlin durch. Es seien die „Regierungen Ungarns, Polens, Tschechiens und der Slowakei, die die Interessen der eigenen Bürger vertreten“ und sich gegen die „Politik Merkels und das Versagen der EU“ wendeten, heißt es in einer Erklärung der IBD. Im sächsischen Grünhain-Beierfeld haben unterdessen „Unbekannte“ die Tür am Haupteingang des Rathauses mit Gasbetonsteinen und Bauschaum zugemauert. Das auf die Steine gesprühte Symbol steht für die „Identitäre Bewegung“.

hma ■

Demonstration gegen Pogida

Potsdam. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ ruft erneut zur Teilnahme an einer Kundgebung unter dem Titel „Refugees welcome – für Weltoffenheit und Toleranz“ auf. Sie soll am 22.03. stattfinden. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ wird in Sicht- und Hörweite zur Abschlusskundgebung von Pogida seine Demonstration abhalten. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 Initiativen und Vereinigungen in der Landeshauptstadt, die „Nein!“ zu jeglicher Form von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Rassismus und Diskriminierung sagen.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de 21.03.2016 ■

Watchletter über die Aktivitäten der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft

Unter folgender Adresse kann der Newsletter gelesen und als RSS-Feed abonniert werden.
http://us12.campaign-archive2.com/?u=d0d7492f0d49a485d1ae29bea&id=4063e00614&e=3fe7a003ec

RECHTSAUSSEN IM RATHAUS - Watchletter über die Aktivitäten der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft

View this email in your browser

RECHTSAUSSEN IM RATHAUS

Die Aktivitäten der AfD in der Hamburgischen Bürgerscha

Schon vor den letzten Landtagswahlergebnissen hatte die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen, einen neuen Newsletter herauszugeben, und na diesen Wahlen legen wir nun wirklich los: Wir wollen darüber informieren, was die AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft eigentlich treibt. Zwar sind ihre parlamentarischen Beiträge – Anträge, Reden, Kleine und Große Anfragen – über die Parlamentsdatenbank öffentlich zugänglich. Doch wir wollen Bedingungen der Information verbessern und damit die

Rechtsextreme Soldaten dürfen keinen Zugang zu Waffen haben

„Es kann nicht angehen, dass die Bundeswehr ihre Nachwuchsprobleme dadurch löst, dass sie Nazis in ihren Reihen duldet. Absolut unverantwortlich ist es zudem, Soldaten, die in der Kompanie ‚Gedankenspiele‘ über das ‚Jagen‘ und ‚Abschlachten von Negern‘ anstellen, weiterhin Zugriff auf Schusswaffen im Rahmen von Ausbildungen zu ermöglichen“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Rechtsextreme Vorkommnisse in der Bundeswehr im Jahr 2015“. Die Abgeordnete weiter:

„Im vergangenen Jahr notierte der Militärische Abschirmdienst (MAD) 230 rechtsextremistische Verdachtsfälle in der Truppe, darunter rassistische Beleidigungen, das Zeigen des Hitlergrußes, oder das Verschicken von volksverhetzenden Äußerungen oder Fotos mit neonazistischem Inhalt über soziale Netzwerke. Allerdings mussten nur 19 Soldaten aufgrund rechtsextremer Vorkommnisse vorzeitig aus dem Bundeswehrdienst ausscheiden, in den übrigen Fällen konnten sie nach Disziplinarstrafen und Bußgeldzahlungen in der Truppe verbleiben.

Strafrechtlich gilt die Unschuldsvermutung. Aber wenn die Dienstvorgesetzten den dringenden Verdacht haben, dass ein Soldat rechtsextremes Gedankengut pflegt, muss ihm bis auf weiteres der Zugang zu Waffen verwehrt bleiben. Wenn die bestehenden Rechtsgrundlagen dafür nicht ausreichen, muss man sie eben ändern. Bei der Bekämpfung von Rechtsextremen in der Truppe darf es keinerlei Abstriche geben.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Acht Jahre mit dem Verbot der „Weisse Wölfe Terrorcrew“ gewartet – Gefahr des Rechtsterrorismus nicht gebannt

Zum bundesweiten Verbot der Neonazi-Gruppierung „Weisse Wölfe Terrorcrew“, die in Sachsen aktiv war, erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE, die auch stellvertretende Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses ist:

Spätestens seit 2014 waren mutmaßliche WWT-Mitglieder auch in Sachsen aktiv, dem Vernehmen nach zunächst im Raum Zwickau und dem Vogtlandkreis. Alarmierend sind die Ausmaße der bundesweit vernetzten Gruppierung, auf deren Gefahren bereits seit Jahren hingewiesen wird.

Wenig verständlich ist es daher, dass mit dem Verbot geschlagene acht Jahre lang gewartet wurde.

Gerade jetzt, wo rechtsmotivierte Gewalt bis hin zu Anschlagshandlungen an der Tagesordnung ist, muss die Radikalisierung von rechts zeitnah gestoppt werden – und nicht erst dann, wenn eine Gruppe bereits bundesweite Bande unter Gesinnungsgenossen knüpfen konnte.

Um Klarheit zu den Umtrieben der Gruppierung in Sachsen zu erlangen, habe ich heute eine parlamentarische Anfrage in den Geschäftsgang des Landtages gegeben. Außerdem hat der sächsische NSU-Untersuchungsausschuss bereits am Montag einen dahingehenden Beweisantrag der Mitglieder meiner Fraktion beschlossen. Die Gefahr des Rechtsterrorismus ist offensichtlich nicht gebannt.

PM Kerstin Köditz ■

Die AfD werkelt an Parteiprogramm:
Schwerpunkt: Anti-Islamismus

Schon vor Wochen wurde ein vorläufiger Programmentwurf geleakt, der klar machte, dass die AfD künftig einen weiteren Schwerpunkt in der Aufwiegelung der Bevölkerung gegen den Islam und gegen in Deutschland lebende MuslimInnen haben wird. Der neue Programmentwurf, der als Leitantrag des Bundesvorstands Ende April vom Bundesparteitag beschlossen werden soll, bestätigt diese Stoßrichtung.

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“, heißt es darin. Die AfD lehnt es nicht nur ab, den Islam als gleichberechtigte Religion anzuerkennen, sondern sie betreibt auch eine Ausgrenzung gläubiger MuslimInnen, wenn es über den Islam heißt: „In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Herausforderung für unseren Staat.“ Der AfD geht es eben nicht nur um IslamistInnen, sondern um MuslimInnen generell.

Insbesondere gläubigen MuslimInnen soll die Religionsausübung erschwert werden. Die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit soll verboten werden, das Kopftuch dürfe im öffentlichen Dienst nicht getragen werden. Im ersten Entwurf sollten noch das Schächten von Tieren und die Beschneidung von Jungen verboten werden. Im neuen Entwurf wird das Schächten unter Betäubung zugelassen und von der Beschneidung ist gar keine Rede mehr, weil auch jüdische Gläubige davon betroffen worden wären. Es ging der AfD tatsächlich nicht um Tierschutz oder um die körperliche Unversehrtheit von Jungen.

„Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.“ Wieso das für das Läuten von Kirchenglocken nicht gelten soll, kann nur verstehen, wer die Ansicht der AfD teilt, der Islam sei eine minderwertige oder gefährliche Religion, die hier nicht her gehöre.

Dazu passt auch, dass die AfD es ablehnt, islamische Gemeinschaften als Körperschaften des Öffentlichen Rechts anzuerkennen, die genauso wie christliche Kirchen Staatsverträge schließen könnten.

Dennoch behauptet die AfD, „sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“ zu bekennen. Wenn das nach den Ausführungen im Programmentwurf schon zweifelhaft geworden ist, wird es bei Björn Höcke zum reinen Lippenbekenntnis.

In einem Interview mit der Thüringischen Landeszeitung heißt es: „Den Islam unter die Religionsfreiheit zu stellen, das kommt für Sie nicht Frage?

Nein. Die Religionsfreiheit ist kein Supergrundrecht.“ (26.3.16)

Die Einführung von unterschiedlichen Grundrechten – „Supergrundrechten“, die für alle gelten, und weiteren Grundrechten, die zumindest für MuslimInnen nicht gelten sollen – ist schon ein starkes Stück für den Landesvorsitzenden einer Partei, die sich offiziell zu Demokratie und Grundgesetz bekennt.

Während Höcke zugesteht, nichts gegen muslimische Gebetsräume zu haben, lehnt er Moscheen ab, da sie keine reine Sakralbauten seien, sondern ihnen oft „eine Bildungseinrichtung angegliedert“ ist. „Dadurch, dass die Moschee eben nicht nur ein Sakralbau ist, erkennen Sie schon das Zusammenfließen von Staat und Religion im Islam.“ Die Willkür, mit der er seine Ablehnung von Moscheen begründet, deutet daraufhin, dass es ausschließlich um Vorwände geht, MuslimInnen die religiöse Gleichberechtigung abzuerkennen.

F

Der Leitantrag findet sich hier: https://assets.documentcloud.org/documents/2773859/AfD-Programmentwurf.pdf ■

Die AfD spricht

„Die AfD mag Steuersystem und Sozialstaat nicht per se abschaffen, doch sie tritt für deutliche Vereinfachungen und private Alternativen an. Die AfD mag sich nicht für ein vollständig privatisiertes Schulmodell aussprechen oder das Marktgeld fordern, doch ist jede Reduzierung des staatlichen Einflusses und jeder Vorstoß gegen eine zentralistische Währung nicht ebenso von Wichtigkeit?“

John Langkamp, stellvertretender Vorsitzender der „Jungen Alternative“ in der „libertären“ (d.h. sozialdarwinistischen) Zeitschrift Freitum, 16.3.16, auf die Frage, warum er trotz zu wenig „Libertarismus“ in der AfD ist

„Wird das Bundesjustizministerium derzeit instrumentalisiert, um die Meinungsfreiheit einzuschränken? Wurlitzer: Eindeutig ja! Die Hexenjagd auf Andersdenkende, sei es im Internet oder gegen die AfD, liefert beredte Beispiele dafür.“

Uwe Wurlitzer, Generalsekretär der AfD Sachsen in einem Interview mit der rechtsextremen Zeitschrift Zuerst, 26.3.16

„Und diese Leute regieren uns, echt Grüne, entweder drogensüchtig, schwul, lesbisch, Kommunisten oder beschränkt. (…) Es wird Zeit, dass solche Leute wegkommen.“

Thomas-Axel Palka, AfD-Abgeordneter in Baden-Württemberg, auf seiner Facebook-Seite laut Stuttgarter Zeitung, 18.3.16, über Volker Beck

(Wir lassen an dieser Stelle AfD-FunktionärInnen aus der „zweiten Reihe“ kommentarlos zu Wort kommen,)

F ■

Polizeibeamter mit Reichskriegsflagge

Sich online eine Laserzielvorrichtung zu bestellen, war dann doch ein etwas zu selbstsicherer Einfall eines 41-jährigen, in Hamburg in der Wache 24 tätigen Polizeibeamten. Die für seinen Wohnort in Schleswig-Holstein zuständigen Zollfahnder in Mölln fingen das ihnen verdächtig erscheinende Paket aus China ab – der Besitz eines derartigen Zusatzgerätes für Schusswaffen ist in Deutschland strafbar. Ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen das Waffenrecht wurde eingeleitet. Bei einer Hausdurchsuchung am 24. November fanden die Zollfahnder aber etliches mehr: 25 verbotene Arten von Munition, acht Waffen – darunter eine Pumpgun, ein Scharfschützengewehr, eine Maschinenpistole, Springmesser und Wurfsterne. Insgesamt „fast tausend Waffen, Waffenteile und Patronen“, wie Andreas Ulrich im „Spiegel“ vom 23. Januar enthüllte: Außerdem wurden Nazidevotionalien wie eine Hakenkreuz- und eine Reichskriegsflagge und Propagandamaterial der Neonaziszene gefunden – Zeitschriften und 14 Aufkleber, auf denen etwa neben einem Hakenkreuz steht: „Bin gleich zurück“.

Der zuständige Lübecker Oberstaatsanwalt Ralf Peter Anders widersprach der Darstellung des „Spiegel“ und wiegelte ab: „Es waren deutlich weniger als tausend Teile“. Anders findet die Funde offensichtlich nicht so dramatisch, behauptet gar: „Wir haben keine Hinweise auf Kontakte des Mannes zur rechten Szene“. Bis zur Veröffentlichung durch den „Spiegel“ und nachfolgend zahlreiche norddeutsche Medien ermittelte die Staatsanwaltschaft Lübeck dementsprechend gegen den Polizisten nicht wegen möglicher Nazipropagandadelikte. „Wir prüfen jetzt, ob auch hinsichtlich der Nazidevotionalien ein Straftatbestand vorliegt“, so der Lübecker Oberstaatsanwalt Ralf Peter Anders. Wenn der Polizist die Nazisymbole aber nicht öffentlich gezeigt hätte, läge wohl kein Propagandadelikt vor. Und überhaupt: „Ein Großteil der Fundstücke ist strafrechtlich nicht relevant.“ Die Staatsanwaltschaft befand es bis zur öffentlichen Debatte auch nicht für nötig, die Hamburger Polizei über die Ermittlungen gegen einen ihrer Beamten zu informieren. „Der Umfang dieser Waffen ist uns nicht bekannt“, erklärte der Hamburger Polizeisprecher Holger Vehren überrascht nach den ersten Veröffentlichungen: „Das wollen wir mit der Staatsanwaltschaft Lübeck aufhellen.“ Es wurde wohl recht schnell Licht, denn nur einen Tag später erklärte Hamburgs oberster Polizeisprecher Timo Zill: „Eine Suspendierung ist derzeit nach eingehender Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft nicht gerechtfertigt“. Disziplinarrechtliche Schritte würden gegebenenfalls nach einer Verurteilung erfolgen. Zill verkündete, die Polizeiführung habe „beschlossen, den Beamten mit sofortiger Wirkung in den Innendienst an einer anderen Dienststelle umzusetzen“. Um den Schaden für die Polizei Hamburg und für den Beamten selbst zu mindern. Es gelte weiter die Unschuldsvermutung, betonte er.

Es ist nicht der erste bekannt gewordene Vorfall in der Wache 24 der Hamburger Polizei. Nach einer Weihnachtsfeier 2014 im trauten Kollegenkreis sollen von einem damals 34-jährigen Polizeiobermeister der Wache 24 in Niendorf Fotos von Christbaumkugeln mit Hakenkreuz über eine Whats-App-Gruppe im Internet verbreitet worden sein. Der jüngere Kollege des jetzt umgesetzten Polizeibeamten hatte die Aufnahmen bei ebendieser Weihnachtsfeier von Polizisten gemacht. Auch ein 52-jähriger Polizeiangestellter der Wache 17 im Stadtteil Rotherbaum soll Bilder der Weihnachtskugeln mit Hakenkreuz verschickt haben. Die Wache 17 ist unter anderem für den Schutz der in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden jüdischen Schule Hamburgs zuständig. Gegen die beiden Polizisten mit dem Faible für Weihnachtsschmuck mit Hakenkreuzen drauf ermittelte die Staatsanwaltschaft „wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. Gegen den Polizeibeamten liefen darüber hinaus disziplinarrechtliche Maßnahmen: Der Mann soll sich gegenüber seinen Vorgesetzten reuig gezeigt haben. Der Polizeiangestellte, der wie der Totenkopf-Fotografierer als Objektschützer an der jüdischen Schule am Grindelhof eingesetzt war, ist dagegen auf Veranlassung von Polizeipräsident Ralf Meyer entlassen worden. Der Angestellte kündigte an, dagegen vor dem Arbeitsgericht klagen zu wollen. Danach war stille Nacht und keine weiteren Informationen gelangten an die Öffentlichkeit. Mit einer Klage vor dem Arbeitsgericht war allerdings bereits ein anderer Angestellter desselben Reviers erfolgreich, und das in einer ähnlichen Sache: Bereits 2013 war herausgekommen, dass dieser Polizeiangestellter der Wache 17 – Andreas W. – ein Foto von einem Totenkopf mit Polizeimütze in seinem Facebook-Profil gepostet hatte. Das Foto hatte er in dem Container der Objektschützer aufgenommen, der direkt vor der jüdischen Schule am Grindelhof steht. Der Polizeiangestellte Andreas W. bewachte als Objektschützer den Eingang zu dem Talmud-Tora-Komplex der jüdischen Gemeinde in Rotherbaum, in dem sich auch die Joseph-Carlebach-Schule befindet. Alle, die hier hinein wollen, müssen an den Polizisten und ihrem Container vorbei. Angeblich soll der Totenkopf durch die Fenster des Containers nicht zu sehen gewesen sein, versicherte der dort als Objektschützer eingesetzte Polizeiangestellte. Das Hamburger Arbeitsgericht erklärte in einem Urteil im September 2013 seine Kündigung für unwirksam. Der Totenkopf, der an die SS-Totenkopfverbände erinnere sei heutzutage nicht nur für Nazi-Organisationen „charakteristisch“. Ein Totenkopf mit Polizeimütze ist somit kein Kündigungsgrund – auch nicht wenn er im Wachhäuschen für eine jüdische Einrichtung fotografiert und gepostet wird. Für eine fristlose Kündigung reiche die „geschmacklose Aktion“ nicht aus, befand eine Kammer des Arbeitsgerichts. Die Indizien reichten nicht aus, „eine rechtsradikale Gesinnung abzuleiten“, erklärte Gerichtspräsident Helmut Nause. „Er wollte keine Bedrohung gegen Menschen aussprechen“, so Nause. Diese Rechtsprechung des Hamburger Arbeitsgerichtes liegt ganz auf der Linie des Agierens der Hamburger Polizeiführung im aktuellen Fall.

Dabei war Andreas W. intern schon vorher auffällig geworden, nur war dies nicht Gegenstand des Prozesses, weil die Vorfälle von der Polizei gedeckelt wurden und nicht angezeigt wurden: So empfahl er im Kollegenkreis die Lektüre von Hitlers „Mein Kampf“ und soll Kollegen beschimpft haben, weil sie „Ausländer“ seien. Die Vorfälle wurden von der Polizei nie veröffentlicht, Andreas W. lediglich in eine andere Schicht versetzt. Noch ein weiterer Polizeiangestellter soll einen Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde mit antisemitischen Äußerungen beleidigt haben. Dies wurde erst im Rahmen des Arbeitsgerichtsprozesses öffentlich. Kai von Appen, gut informierter Polizeireporter der taz hamburg, berichtete 2013, die Verantwortlichen in der Polizei würden davon ausgehen, dass etwa 10 Prozent der Polizeiangestellten als belastet gelten müssen – also als potenziell naziaffin. Und wie hoch mag der Anteil bei den verbeamteten PolizistInnen sein?

Die Vorwürfe gegen den jetzt im Zentrum eines Ermittlungsverfahrens stehenden 41-jährigen Waffen-, Nazidevotionalien und Neonazipropaganda sammelnden Polizeibeamten seien ernst, aber: „Bisher ist der Kollege völlig untadelig seinem Dienst nachgegangen.“ Dem entsprechend habe die Hamburger Polizei keine Hinweise darauf, dass der Beamte rechtes Gedankengut vertrete. So kann der 41-jährige, wenn er es zurück erhält, wohl wieder zuhause auf

→

Nazis und Bürgerwehr Hand in Hand

An der ersten Demonstration der Gruppe „Hamm gegen Politikwahn“ am 19. März 2016 beteiligten sich knapp über 50 Personen. Die Demonstration richtete sich unter anderem gegen Antifaschismus und „Asylmissbrauch“. Nach unseren Informationen war die Neonazi-Partei „Die Rechte“ in die Organisation der Versammlung involviert und stellte mit rund 30 Personen auch die Mehrzahl der Teilnehmenden.

Die Kundgebung begann gegen 14 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz mit dem Abspielen von Rechtsrock. Die Musikanlage und das als Lautsprecherwagen genutzte Auto stellte eine Abordnung des Kreisverbandes von „Die Rechte“ Dortmund zur Verfügung, die auch ein Transparent mit der Aufschrift „Sicherheit und Ordnung statt Überfremdung und Multikulti“ mit sich führte. Der Großteil der Mitglieder und Sympathisant*innen von „Die Rechte“ stammte allerdings aus Hamm und der unmittelbaren Umgebung. Zugegen waren unter anderem der mehrfach vorbestrafte Sascha Krolzig und der Hammer Ratsherr Dennis Möller. Die Neonazis traten offen als Vertreter von „Die Rechte“ auf und führten zwei schwarz-weiß-rote Reichsfahnen sowie ein Transparent mit der Aufschrift „Asylflut stoppen“ mit sich.

Der Anmelder der Versammlung, David Wendel aus Hamm, sprach zuvor schon bei Pegida NRW. Auf seiner Facebook-Seite gibt er sich offen nationalistisch und teilt Inhalte neonazistischer Gruppierungen wie dem „DortmundEcho“ und „Die Rechte“ Hamm. Ein Ordner wurde von der Gruppe „Hammer schützen Hammer“ gestellt, mehrere Mitglieder nahmen darüber hinaus an der Demonstration Teil. Die „Bürgerwehr“ paktierte bereits im Januar mit der Neonazi-Partei, als ein Teil ihrer Mitglieder an einer „Rechtsschulung“ durch den Hammer Kreisverbandsvorsitzenden Sascha Krolzig in den Räumlichkeiten am Kentroper Weg teilnahmen.

Nach einer Begrüßung durch den Versammlungsleiter Wendel hielt auf der Auftaktkundgebung das Vorstandsmitglied von „pro NRW“, Holm Teichert aus Essen, eine langatmige Rede, in der er populistische Parolen gegen „die da oben“ mit rassistischen Tiraden vermengte. Sein positiver Bezug auf die Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ und seine Klage darüber, dass „Patrioten“ als Nazis beschimpft würden, kamen beim Publikum allerdings nicht gut an – schließlich bestand dieses zu einem großen Teil aus Personen, die sich selbst als „Nationalsozialisten“ begreifen. Teichert, der für „pro NRW“ in einer Essener Bezirksvertretung sitzt und sich als Mitstreiter von PEGIDA bezeichnet, musste dann nach einer halben Stunde seine Rede abbrechen, da die Zuhörer*innen die Geduld mit ihm verloren. Nach einem weiteren kurzen Redebeitrag setzte sich die Versammlung als kleiner Demonstrationszug durch das Museumsviertel in Bewegung. Während des kurzen Aufmarsches wurden rassistische und nationalsozialistische Parolen wie „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“, „Wir wollen keine Asylantenheime“ und „Nationaler Sozialismus – Jetzt“ skandiert. Die Veranstaltung wurde dann auf dem Willy-Brandt-Platz beendet.

Rechte Allianz in Hamm

Wir kommen nach der Beobachtung der Veranstaltung zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Gruppe „Hamm gegen Politikwahn“ um einen gefährlichen Zusammenschluss bis jetzt nicht offen aufgetretener Rassist*innen und organisierter Nazis handelt. Das rechte Potential, dass den Hammer Bürgerwehr-Strukturen von Beginn an innewohnte, scheint jetzt auch genutzt zu werden. Der Schulterschluss mit organisierten Rechtsradikalen ist offensichtlich kein Tabu mehr. „Die gestrige Veranstaltung wurde durch eine Allianz aus rechten Wutbürger*innen und organisierten Neonazis ermöglicht.

In Zukunft wird es wichtig sein, mit öffentlichem Protest gegen die Aktionen dieses Zusammenschlusses vorzugehen. Wir rufen alle demokratisch und antifaschistisch gesinnten Hammer Bürger*innen auf, dabei mitzumachen.“, so Michael Tillmann, Sprecher der Antifaschistischen Aktion Hamm. „Auch die Räumlichkeiten am Kentroper Weg spielten einmal mehr eine wichtige Rolle: Sie waren Treffpunkt der organisierten Nazis im Vorfeld, und Anlaufpunkt im Anschluss an die Veranstaltung.“

Nachtrag: Holm Teichert ist seit Beginn des Monats kein Mitglied der Partei „pro NRW“ mehr. Seinen Sitz in der Essener Bezirksvertretung scheint er weiterhin inne zu haben. Sein statement zu seinem Austritt findet sich auf Teicherts facebook-Seite.

Antifaschistische Aktion Hamm ■

---

dem Sofa sein Koppelschloss mit Hakenkreuz und der Prägung „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen“ tragen. Und einen besinnlichen deutschen Feierabend unter seiner privaten Hakenkreuzfahne verbringen.

Gaston Kirsche ■

NSU-Prozess

Zum NSU-Video und dem Zeitungsarchiv des NSU

Heute sagten zwei BKA-BeamtInnen aus, v.a. zum Entstehungsprozess des NSU-Videos und zu dem in der Frühlingsstraße gefundenen Archiv mit Zeitungsartikeln zu den Morden und Anschlägen des NSU.

Der erste Beamte konnte – trotz zahlreicher Störfeuer der Verteidigung und fahriger Befragung durch den Vorsitzenden – gut darstellen, dass das Video in mehreren Arbeitsschritten zwischen Mai 2006 und November 2007 erstellt wurde. U.a. wurde wohl im Juni 2006, also deutlich vor dem Mord an der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter und dem Mordversuch an ihrem Kollegen, eine Hand in das Video eingefügt, die einen Schuss auf einen Polizisten abgibt.

Seine Kollegin berichtete zu dem Archiv, in dem eine Vielzahl von Zeitungsartikeln zu den Taten des NSU, nach Tatdatum geordnet, gesammelt wurde. Auf zweien fanden sich Fingerabdrücke von Beate Zschäpe, ebenso eine DNA-Spur, die wohl ebenfalls Zschäpe zuzuordnen ist. Ebenfalls in der Frühlingsstraße 26 gefunden wurde ein „Drehbuch" für das NSU-Video. Die handschriftlichen Notizen auf beiden Dokumenten stammen einem Gutachten zu Folge wohl von Böhnhardt und Mundlos.

Die Beamtin hatte weiter wiederhergestellte gelöschte Daten vom Rechner des Holger Gerlach ausgewertet – u.a. fanden sich darin diverse Dateien mit neonazistischem Inhalt sowie drei Bilder/Videos, die „Paulchen Panther" zeigen. Ob dies einen Hinweis darauf darstellt, dass Gerlach von dem NSU-Video wusste, oder ob die Übereinstimmung zufällig ist, ließ sich nicht feststellen.

Die NebenklagevertreterInnen der Familie Yozgat stellten zwei Anträge auf Vernehmung von ZeugInnen und Verlesung von Dokumenten, die zeigen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg im Jahr 1998 die Ergreifung der drei Flüchtigen Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos vereitelt hat: Deren V-Mann Szczepanski hatte mitgeteilt, dass Jan Werner eine Waffe für die drei Untergetauchten besorgen wolle, die demnach einen Überfall begehen und sich dann ins Ausland absetzen wollten. Das Landesamt aber weigerte sich, diese Information in geeigneter Form an die Polizei in Thüringen weiterzugeben, Grund: Quellenschutz für Szczepanski. Bei Weitergabe der Informationen hätten Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt noch vor ihrer allerersten Tat festgenommen werden. Weiter benennt die Nebenklage Yozgat diverse Beweismittel dafür, dass der Verfassungsschützer Görlitz in diesem Zusammenhang in der Hauptverhandlung eine Falschaussage begangen hat.

15.03.2016 http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2016/03/15/15-03-2016/ ■

Praktische Entschwörung im Gerichtssaal, und weitere Geschichten von der Verteidigung Zschäpe

Der Tag begann mit Aussagen mehrerer Polizeibeamtinnen zu den Waffen, die in der Frühlingsstraße 26 und im Wohnmobil in Eisenach gefunden wurden. Dabei wurden auch praktische Beiträge zur Ausräumung von Verschwörungstheorien geleistet, konkret zu der, es sei keine Hirnmasse von Böhnhardt und Mundlos im Wohnmobil gefunden worden, was zeige, dass sie anderswo ermordet worden seien: auf Frage der Verteidigung Wohlleben gab ein Beamter der Tatortgruppe an, er habe „viel Hirnmasse und viel Blut" im Wohnmobil gesehen.

Auch die von der Verteidigung Wohlleben immer wieder angedeutete These, die Mordwaffe Ceska sei von Dritten in den Brandschutt der Frühlingsstraße eingebracht worden, wurde erneut widerlegt: der Polizeibeamte, der die Waffe aufgefunden hatte, gab an, sie habe ganz unten in dem Schuttberg gelegen und sei erst nach stundenlangem Abtragen gefunden worden, es habe auch an dem Tag außer der Polizei niemand Zutritt zu dem Gelände gehabt.

Es folgten weitere Antworten der Verteidigung Zschäpe auf die Fragen des Gerichts und der Verteidigung Schultze, die von RA Borchert verlesen wurden. Wie zuvor blieben die Antworten total vage, Zschäpe will von nichts gewusst haben und sich über nichts Gedanken gemacht haben. Auch André Eminger habe nichts gewusst.

Die von Zschäpes Verteidigern formulierten Antworten bleiben in den Kernfragen extrem detailarm, während Randgeschehen sehr detailreich beschrieben wird. Sie wirken darüber hinaus konstruiert, bereits in sich unglaubhaft und widersprüchlich: so hatte Zschäpe etwa zu Beginn behauptet, sie habe die beiden Männer mehrfach ausdrücklich angesprochen und aufgefordert, nicht mehr zu morden – heute dagegen gab sie an, sie habe sich nicht einmal getraut, Themen wie einen eigenen Internetanschluss anzusprechen, aus Angst, dass Uwe Böhnhardt sie schlagen würde.

Der Vorsitzende kündigte an, dass die Fragen der anderen Beteiligten (also der Generalbundesanwaltschaft, der Nebenklage und des Sachverständigen) morgen gestellt werden könnten – die Befragung durch das Gericht ist demnach nunmehr abgeschlossen.

16.03.2016 http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2016/03/16/16-03-2016/ ■

Zschäpes Einlassung zerfällt, Verteidigung Wohlleben blockiert und der Senat geht in Ferien

Zunächst wurden heute zwei weitere Zeugen zu Raubüberfällen des NSU befragt. Das übliche Prozedere solcher Befragungen wurde durchbrochen, als der erste Zeuge am Ende erklärte, eine offizielle Entschuldigung für alle Pannen bei den Ermittlungen wäre auch gegenüber den überlebenden Opfern angebracht. Er als Geschädigter eines Banküberfalles habe bislang keinerlei Rückmeldung erhalten. Zschäpe-Verteidiger Heer und Stahl empörten sich und intervenierten beim Vorsitzenden, er möge den Zeugen unterbrechen.

Im Anschluss vernahm das Gericht eine Polizeibeamtin, deren Angaben die Einlassungen von Zschäpe erschüttert: Die junge BKAlerin, die bereits mehrfach von ihren Ermittlungen berichtet hatte, beschäftigte sich heute mit zwei technischen Fragen: zum einen ging es um die Frage, ob Zschäpe, wie sie behauptet hatte, aus dem Radio vom Tod Uwe Böhnhardts und Uwe Mundlos' erfahren hatte. Der aufwändige Abgleich mit den Radioprogrammen ergab, dass dies zwar nicht ausgeschlossen, aber jedenfalls unwahrscheinlich ist: auf Zschäpe's Rechner lief an jenem Tag ein Online-Radio-Stream, über den die Nachricht von den Leichen im Wohnmobil in Eisenach erst lief, nachdem Zschäpe die Wohnung bereits in Brand gesetzt hatte. Ob auf analogen Radiosendern die Nachricht aus Eisenach evtl. früher gesendet wurde, ließ sich nicht mehr vollständig ermitteln – aber auch dann könnte Zschäpe nur davon erfahren haben, wenn sie gleichzeitig den Livestream und einen analogen Radiosender hörte. Auch dieser Teil ihrer Einlassung scheint also unwahr zu sein.

Die Zeugin hatte sich außerdem mit Videoaufnahmen zum Anschlag in der Keupstraße beschäftigt, die in der Frühlingsstraße gefunden wurden: diese wurden am Tag des Anschlags mit einem Videorekorder aufgenommen, und zwar per Hand und schon zwei Stunden nach dem Anschlag, also zu einem Zeitpunkt, an dem Mundlos und Böhnhardt noch nicht wieder aus Köln zurückgekehrt sein konnten. Geht man davon aus, dass

→

Gedenkmarsch der Veteranen der lettischen Legion der Waffen-SS in Riga:

Deutsche Antifaschisten abgeschoben – der Skandal bleibt!

Nachdem fünf Mitglieder der VVN-BdA mehrere Stunden auf dem Flughafen von Riga festgehalten worden waren, weil sie sich an den Protesten gegen den Ehrenmarsch für die Waffen-SS beteiligen wollten, wurden sie schließlich mit unbekanntem Ziel in einem Gefangenentransportwagen zeitweise unter Blaulicht fortgeschafft. Gegen Abend fanden sie sich an der litauischen Grenze wieder, wo die Polizei einen Fernreisebus anhielt. In diesen hinein verfrachtet, trafen sie 20 Stunden später wieder in Berlin ein.

Währenddessen konnten andere Mitglieder der VVN-BdA trotzdem in Riga unter intensiver Polizeibegleitung gemeinsam mit unseren lettischen Freunden von „Lettland ohne Nazismus“ und dem Direktor des Simon-Wiesenthal-Zentrums New York, Dr. Efraim Zuroff, sichtbar in der Nähe des Freiheits-Monumentes demonstrieren. Der Protest fand große Beachtung und stieß auf Interesse bei der Presse.

Die massiven Schikanen im Vorfeld waren ebenso wirkungslos geblieben wie die Einschüchterungsversuche der Immigrationspolizei im Hotel unserer Delegation.

Der Marsch der SS-Veteranen und ihrer Anhänger formierte sich nach dem Besuch eines Gottesdienstes in der St. Peters Kirche, angeführt durch den Pastor. Etwa 1000 Veteranen und Anhänger – darunter auch sichtbar organisierte Gruppen von Neofaschisten – marschierten zum Freiheits-Monument. Der Marsch sei „gruselig“ gewesen, hieß es in einem ersten Kommentar aus Riga.

Der Protest war sichtbar durch Fahnen, Transparente und Schilder mit der Aufschrift „Keine Glorifizierung des Holocaust“ in lettischer und englischer Sprache. Außerdem wurden Fotos von Massakern an der jüdischen Bevölkerung Lettlands durch das zur lettischen Legion der Waffen-SS gehörende Kommando Viktor Arajs gezeigt. Dazu wurden Hunderte Namen von jüdischen Opfern aus Riga verlesen. Das war jedoch nur so lange möglich bis der Marsch in Hörweite kam, dann mussten die Lautsprecher auf Anweisung der Polizei ausgeschaltet werden.

Während die lettischen Behörden dafür sorgen, dass die Veteranen der Waffen-SS durch keine Erinnerung an ihre Opfer gestört durch Riga paradieren können, werden protestierende Antifaschistinnen und Antifaschisten kriminalisiert und schikaniert und ihre Arbeit in skandalösem Ausmaß behindert.

Auch 2017 werden wir deshalb wieder an der Seite unserer lettischen Freunde in Riga demonstrieren und fordern:

- Schluss mit der Ehrung von NS-Kollaborateuren und Mördern!
- Anerkennen der baltischen Beteiligung am nazistischen Völkermord!
- Freiheit für „Lettland ohne Nazismus“!

Cornelia Kerth, 16. März 2016, VVN-BdA.de ■

---

die Aufnahmen in der Frühlingsstraße gefertigt wurden, dann können sie also nur von Zschäpe stammen. Die aber hatte in ihrer Einlassung behauptet, sie habe von dem Anschlag in Köln erst nach der Rückkehr der beiden Männer erfahren.

Wie verzweifelt die Erklärungsversuche der Verteidigung Zschäpe inzwischen sind, zeigt die Reaktion von Zschäpe-Verteidiger Grasel, der von der Presse bereits vor einigen Tagen auf die Videos angesprochen worden war: gegenüber der taz gab er an, die Aufnahmen könnten ja z.B. auch von André Eminger gemacht worden sein – gestern, weniger als eine Woche später, verlas nun sein Mitverteidiger Borchert im Namen von Zschäpe die Erklärung, Eminger habe von den Morden und Anschlägen überhaupt nichts gewusst. Damit werden die heute dargestellten Ermittlungen– zusammen mit den zahlreichen bereits vorliegenden Beweismitteln – dazu führen, dass Beate Zschäpe wie angeklagt verurteilt wird – zu erdrückend die Beweislage, zu unglaubhaft und widersprüchlich ihre bestreitenden Angaben.

Es stellt sich aber auch die Frage, warum manche der Beweisthemen, um die es in den letzten Wochen ging, nicht schon viel früher ausermittelt und ins Verfahren eingeführt wurden: die Frage, welcher Radiosender wann über die Leichen in Eisenach berichtete, hätte sich Anfang 2012 sicher leichter klären lassen als jetzt, über vier Jahre später, und auch die Videos zum Anschlag in Köln liegen den Behörden bereits seit 2011 vor.

Eine weitere Polizeibeamtin sollte im Anschluss von einem Fund im Rahmen einer Hausdurchsuchung bei Wohlleben berichten, der erneut dessen Selbstdarstellung als gemäßigter „Nationalpazifist“ erschüttert und ihn als überzeugten Nationalsozialisten entlarvt: Bei der Durchsuchung wurde ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Eisenbahnromantik“ gefunden, darunter ein Bild eines Bahngleises, das in das Konzentrationslager Auschwitz führt. Die Beamten hatten das Shirt damals nicht sichergestellt aber ein Foto davon gemacht.

Bevor die Zeugin befragt werden konnte, widersprach die Verteidigung Wohlleben und beantragte, das Verfahren gegen ihren Mandanten abzutrennen und auszusetzen, weil das Foto bisher nicht in der Gerichtsakte war. Tatsächlich hat auch die Nebenklage in der Vergangenheit mehrfach kritisiert, dass die Bundesanwaltschaft nach eigenem Gutdünken Ermittlungsbestandteile zurückhält und/oder in anderen Verfahrensakten „parkt“. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass der Antrag der Verteidigung erfolgreich sein wird – letztlich geht es hier nur um ein Foto, auch fand sich in der Akte schon vorher ein Hinweis, dass dieses existierte. Die Generalbundesanwaltschaft gab an, sie habe dieses Foto vor allem in Antwort auf Wohllebens Selbstdarstellung „aktiviert.“ Das Gericht hatte allerdings heute keine Ambitionen, aufwendige Beschlüsse zu schreiben, und verabschiedete sich umgehend in die Osterferien.

Damit blieb das Gericht auch in den letzten Wochen vor den Osterferien seiner Tendenz treu, im Schnitt nur halbtags zu verhandeln – kein Wunder also, dass es letzte Woche offiziell weitere Verhandlungstermine bis Januar 2017 festsetzte.

17.03.2016 http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2016/03/17/17-03-2016 ■

Fast täglich greifen Rassisten und Rassistinnen Flüchtlingsheime an, islamfeindliche Übergriffe nehmen zu. Erschreckend viele Menschen nehmen an fremdenfeindlichen und rassistischen Demonstrationen teil. Pegida hetzt gegen Geflüchtete und Muslime und Musliminnen.

Währenddessen wird die „Alternative für Deutschland“ (AfD) zunehmend zum Sammelbecken für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. An vielen Orten ist die AfD Zentrum der extremen Rechten geworden. Abgeordnete der AfD verbreiten Nazi-Parolen und hetzen gegen Andersdenkende.

Die AfD ist zu einer ernsthaften Gefahr geworden, für all jene, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen.

Deine Stimme gegen rechte Hetze

Wir wollen dem ein Ende machen. Wir greifen ein, wenn Rassistinnen und Rassisten Menschen in unserer Mitte attackieren. Menschenverachtender Stimmungsmache gegen Geflüchtete, Musliminnen und Muslime, Roma und Romnija, Sinti und Sintiza, Jüdinnen und Juden treten wir entgegen.

Wir wehren uns gegen Mordanschläge und Pogrome gegen Geflüchtete. Mit Aufforderungen wie zum Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete an der Grenze wird die AfD zum Stichwortgeber für solche Übergriffe.

Wir sind viele. Wir heißen Geflüchtete willkommen. Wir stehen auf gegen den Rassismus von Pegida, AfD, NPD & Co. Wir erheben unsere Stimmen, um in die gesellschaftlichen Debatten einzugreifen, gegen rechten Populismus.

Wir wenden uns gegen Obergrenzen und Grenzschließungen, die Wasser auf den Mühlen der Rassistinnen und Rassisten wären. Wir stehen für eine offene und gerechte Gesellschaft. Wir lassen nicht zu, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen Solidarität, Zusammenhalt und ein besseres Leben für alle!

Unsere Alternative ist Solidarität

Wir werden weiterhin Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen. Asyl ist Menschenrecht.

Wir wollen verhindern, dass Rassistinnen und Rassisten Raum für ihre Hetze bekommen.

Wir werden uns stark machen für gleiche politische und soziale Rechte für alle Menschen.

Wir werden uns der AfD überall entgegenstellen, ob auf der Straße oder in den Parlamenten.

Überall wo die Rassistinnen und Rassisten von AfD und Co. demonstrieren, sprechen oder auf Stimmenfang gehen, werden wir präsent sein und klar und deutlich sagen: Wir stehen auf gegen Rassismus! Keine Stimme für rechte Hetze!

Dem Verbreiten von Hass, setzen wir eine bundesweite antirassistische Aufklärungskampagne entgegen: im Stadtteil, in der Schule, an der Uni, im Betrieb, im Theater, im Konzertsaal – überall!

Wir setzen auf die Aktivität von Vielen. Gemeinsam werden wir klarstellen: Rassismus ist keine Alternative!

Unterzeichne den Aufruf! Hier kann unterschrieben werden:
https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/

Auf der Aktionskonferenz aktiv werden!

Am 23. und 24. April 2016 findet in Frankfurt am Main eine bundesweite Aktionskonferenz gegen die AfD statt. Das ist deine Chance aktiv zu werden und der fremdenfeindlichen Hetze etwas entgegenzusetzen!

ErstunterzeichnerInnen

Michel Abdollahi (Journalist) Gesine Agena (Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen) Detlef Ahting (ver.di Landesleiter Niedersachsen) Düzgün Altun (Vorstandsmitglied DIDF) Prof. Elmar Altvater (Politikwissenschaftler) Jeanne Andresen (Aktion Rheinland-Widerstand. Gestern, heute, morgen) Antje Arndt (Vorsitzende Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt) Dr. Katarina Barley (Generalsekretärin der SPD) Dr. Johannes M. Becker (Friedensforscher) Rolf Becker (Schauspieler) Matthias Beer (Gewerkschaftssekretär IG Metall) Esther Bejarano (Auschwitz-Überlebende) Prof. Dr. Bernd Belina (Geograph) Immanuel Benz (Bundesvorsitzender SJD-Die Falken) Frank Bethke (stellvertretender Landesleiter ver.di NRW) Sascha Böhm (Bundesleiter Naturfreundejugend) Jürgen Bothner (Landesbezirksleiter ver.di Hessen) Matthias Brenner (Intendant Neues Theater Halle) Cuno Bruno-Hägele (Geschäftsführerin ver.di Stuttgart) Frank Bsirske (ver.di Bundesvorsitzender) Christine Buchholz (MdB LINKE) Günter Burkhardt (Pro Asyl Geschäftsführer) Prof. Dieter Dettke (Politikwissenschaftler) Oliver Dietzel (1. Bevollmächtigter IG Metall Nordhessen) Farhad Dilmaghani (DeutschPlus e.V.) Prof. Klaus Dörre (Soziologe) Hannah Eberle (BLOCKUPY) Janis Ehling (Die LINKE.SDS) Ulrike Eifler (DGB Geschäftsführerin DGB Südosthessen) Christine Eitel (Kölner Studis gegen Rechts) Hartwig Erb (1. Bevollmächtigter IG Metall Wolfsburg) Michael Erhardt (1. Bevollmächtigter IG Metall Frankfurt) Malte Fiedler (linksjugend ['solid] BundessprecherInnenrat) Robert Fietzke (Sprecher Blockmd) Sebastian Friedrich (AfD-Experte) Uwe Funke (Düsseldorf stellt sich quer) Corinna Genschel (Vorstandsmitglied im Komitee für Grundrechte und Demokratie) Axel Gerntke (1. Bevollmächtigter IG Metall Wiesbaden-Limburg) Heiko Glawe (DGB Regionsgeschäftsführer Berlin) Katrin Göring-Eckardt (Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) Dr. Rolf Gösssner (Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte)

(Es folg weitere viele Erstunterzeichnende. Der Aufruf mit allen ErstunterzeichnerInnen kann hier angesehen und unterzeichnet werden: https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/

Mai 2016: Front National, Islamischer Staat oder Jean-Marie „Altlast“ Le Pen? Das nennt man, die Qual der Wahl zu haben...

Alles neu, macht der Mai? Wohl nicht, was die französische extreme Rechte betrifft. Ginge es jedenfalls nach Jean-Marie Le Pen, dann würde der diesjährige 1. Mai dieselbe wieder in alte Bahnen zurücklenken, nämlich in die seinen. Ob seine Rechnung jedoch wirklich aufgeht – dann im Unterschied zu jener der Parteiführung des Front National (FN), die den 87jährigen Gründer am 20. August 2015 ausgeschlossen hatte –, muss derzeit noch dahin gestellt bleiben.

Hat umgekehrt die jetzige Parteileitung mehr Erfolg, dann wird es dieses Jahr zum 1. Mai – was die extreme Rechte betrifft – erstmals bei einem bier- oder weinseligen Anlass bleiben, jedoch zum ersten Mal seit langem ohne Aufmarsch und Straßenpräsenz. Das wäre dann tatsächlich etwas Neues.

Aber erst einmal der Reihe nach. Seit 1988 marschierten die Parteigänger/innen des FN alljährlich zum 1. Mai in der Nähe der Pariser Oper auf, „zu Ehren der Nationalheiligen Jeanne d‘Arc“. Diese „Jungfrau von Orléans“, die der historischen Legende nach im Hundertjährigen Krieg – zu Anfang des 15. Jahrhunderts – „gegen die englischen Invasoren“ kämpfte, wurde im 19. Jahrhundert zur Hauptfigur eines nationalistischen Mythos aufgebaut. Seit vielen Jahrzehnten begeht die nationalistische und/oder faschistische Rechte ihren Jahrestag am zweiten Sonntag im Mai; auch der von Jean-Marie Le Pen angeführte FN hatte sich dem seit 1978 angeschlossen. Doch im Jahr 1988 fiel der 1. Mai genau zwischen die beiden Durchgänge der Präsidentschaftswahl, an deren erster Runde Jean-Marie Le Pen teilgenommen hatte (er erhielt dabei am 24. April jenes Jahres ein Stimmergebnis i.H.v. 14,4 Prozent); und so nutzte er das Datum und den Anlass, um am Maifeiertag seine Wahlempfehlung für die Stichwahl bekannt zu geben. Letztere lautete damals: „Keine Stimme für François Mitterrand!“, und ließ seinerzeit die Option der Stimmenthaltung oder die Stimmabgabe für den Konservativen Jacques Chirac offen. Gleichzeitig erfüllte Jean-Marie Le Pen damit einen alten Traum des Gründers der ersten originär faschistischen Partei auf französischem Boden, ‚Le Faisceau‘ (Das Bündel), die zwischen 1925 und 1928 bestand: Georges Valois hatte als Erster vorgeschlagen, die nationalistische extreme Rechte solle den Kampftag der Arbeiterklasse als Datum für sich besetzen und fürderhin am 1. Mai „für Jeanne d‘Arc“ aufmarschieren. Die stiefelfaschistische Szene hingegen demonstriert auch heute rund um 9./10. Mai herum.

Zum ersten Mal in diesem Jahr will die derzeitige Parteiführung des FN jedoch auf ihre Parade verzichten. Den Anlass dazu bot eine staatsoffizielle Warnung, die der Leitung um Marine Le Pen Anfang Februar 16 zuging, genau während ihres „Strategieseminars“ vom 05. bis 07. Februar d.J: (wir berichteten). Damals war soeben bekannt geworden, dass die französischsprachige Publikation des so genannten „Islamischen Staates“ – IS oder Al-Dawla al-islamiya -, Dar el-islam („Haus des Islam“) genannt, unter anderem auch den Front National verbal bedroht hatte. Die letzte Ausgabe des IS-Propagandamagazins in französischer Sprache war über einhundert Seiten stark, enthielt zahlreiche Ausführungen zu den Pariser Mordanschlägen vom 13. November 15 – zu welchen sich die Organisation am Tag darauf bekannt hatte – und die Ankündigung neuerlicher Attentate. Auf einem Foto war dabei auch ein vergangener Aufmarsch des FN abgebildet, mitsamt dem folgenden Text als Bildlegende: „Versammlung der Götzenanbeter vom FN. Ein Ziel erster Wahl.“[1]

Die rechtsextreme Partei nutze diesen Anlass selbstverständlich, um sich als bedrohtes unschuldiges Opfer aufzuspielen, sich in die Pose der Unschuld zu schwingen und staatlichen Schutz für sich einzufordern[2]. Dies Alles bedeutet nun nicht zwingend, dass der FN nun wirklich nachweisbar materiell bedroht wäre – eindeutig nicht, denn dem IS liegt ebenso wie dem FN eine politische Logik am Herzen, welche sich auf den folgenden Nenner bringen lässt: „Die oder wir!“ Den ultrareaktionären und verbrecherischen Jihadisten geht es zuvörderst und in erster Linie darum, dass es überhaupt nur „Solidarität unter Muslimen“ geben kann, niemals jedoch über Konfessions- und Kulturschranken hinweg; und dass Muslime am besten Europa sofort und definitiv verlassen sollten, ums ins vom IS errichtete „Gelobte Land“ im Mittleren Osten zu ziehen. Dass, ganz im Gegenteil, die Menschen von dort in Scharen fliehen und flüchten, stellt für den IS ein völlig unakzeptables Dementi dieses seines selbstgesteckten Anspruchs dar. Deswegen will und muss der IS alles in seinen Kräften Stehende tun, um den Neueinwanderern wie den übrigen Muslimen das Leben in Europa so unmöglich zu machen. Rassistischen Kräften objektiv mit Auftrieb zu verleihen, kommt ihm da nur gelegen. Umgekehrt ist es aus Sicht des FN für ihn günstig, wenn das Gefühl äußerer Bedrohung in der französischen und europäischen Gesellschaft wächst, um zum Dammbau gegen „die Barbaren“ mobilisieren zu können.

Insofern käme es allen beiden vorgenannten politischen Kräften nur gelegen, die jeweils andere durch propagandistische Schützenhilfe mit aufzubauen. Auch jenseits jedweder konkreten „Anschlagsplanung“ (seitens des IS; der FN kämpft bekannt nicht selbst bewaffnet, sondern würde gerne die Staatsgewalt in Zukunft befehligen).

In jedem Falle sagte die Parteiführung, als angebliche Konsequenz aus der Bedrohung, ihren Aufmarsch für den diesjährigen 1. Mai ab. Stattdessen soll es ein als „patriotisches Bankett“ bezeichnetes Gelage im 19. Pariser Bezirk geben, in einem neu errichteten Veranstaltungsort, dessen Räumlichkeiten auf den urfranzösischen Namen „Paris Event Center“ hören (unweit der Porte de la Villette)[3]. Auch diese Ankündigung erfolgt nicht ohne Hintergedanken. Vielmehr ließen hohe Parteifunktionäre etwa gegenüber ***Le Pen*** und ***Libération*** durchblicken, das einst durch den Alten – Jean-Marie Le Pen – eingeführte „Ritual“ habe sich in ihren Augen längst überlebt. Stelle dessen alljährliche Vorbereitung, mitsamt dem Herankarren von Aktivist/inn/en aus ganz Frankreich ins historische Stadtzentrum von Paris, doch einen erheblichen Kraftakt für die Partei dar. Ferner muss man hinzufügen, dass sich die Reihen doch im Laufe der Jahre gelichtet haben. Im Mai 2002 kamen zu dem Anlass noch rund 10000 Anhänger/innen herbei, doch seit der Übernahme der Parteispitze durch Marine Le Pen (2011) waren es nie über 3500. Im Vorjahr 2015 war, mit nur rund 1.500 Teilnehmenden – bei schlechtem Wetter, vor dem Hintergrund des da-

1 Vgl. u.a. http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2016/02/07/01016-20160207ARTFIG00172-la-propagande-de-daech-s-en-prend-aux-militants-du-front-national.php oder http://www.huffingtonpost.fr/2016/02/07/daech-front-national-fn-etat-islamique-cible-menaces-attentats-terrorisme_n_9181646.html

2 Vgl. etwa http://tempsreel.nouvelobs.com/societe/20160208.OBS4211/le-fn-cible-potentielle-de-daech-demande-a-etre-protege.html

3 Vgl. dazu http://droites-extremes.blog.lemonde.fr/2016/03/14/pour-le-1er-mai-le-front-national-va-se-retrouver-porte-de-la-villette/

Faltblatt „Flüchtlinge sind an allem schuld“

Das Faltblatt „Flüchtlinge sind an allem schuld“ konfrontiert die gängigsten Vorurteile, Vorbehalte und Wissenslücken über geflüchtete Menschen mit den nüchternen Fakten. Zudem enthält der Falter wichtige Kontaktadressen zu regionalen Beratungsstellen in ganz Bayern. Diese vom Bayerischen Flüchtlingsrat herausgegebene Argumentationshilfe erfreut sich äußerst großer Beliebtheit – bereits über 40 000 Exemplare wurden bereits in ganz Bayern verteilt. Nachdem die zweite Auflage mittlerweile vergriffen ist, geht nächste Woche die dritte, aktualisierte Auflage in den Druck.

Ab sofort kann daher beim Bayerischen Flüchtlingsrat das Faltblatt bestellt werden. Bestellungen bitte per Mail an: weinzierl@fluechtlingsrat-bayern.de. Das Faltblatt wird zum Herstellungspreis von 0,10 Euro pro Exemplar (plus Portokosten) abgegeben. Bei Bestellungen über 1000 Exemplare entfallen die Portokosten.

Flüchtlingsrat Bayern 18.03.2016 ■

undgebung am Flughafen gegen Abschiebegewahrsam

Während in Hamburg darüber diskutiert wird, wie viele Flüchtlinge ein Stadtteil verträgt, wird massiv abgeschoben. Aus Hamburg täglich mehrere Menschen. In den letzten 3 Monaten 2015 sind 1247 Menschen aus Hamburg von den Behörden gezwungen worden Deutschland zu verlassen.

Es wird immer stärker unterschieden in Flüchtlinge mit sogenannter Bleiberechtsperspektive und ohne. Die Flüchtlinge ohne Bleiberechtsperspektive kommen überwiegend aus Ländern, die einfach als sichere Herkunftsländer deklariert werden, z.B. Mazedonien, Kosovo, Tunesien. Die Liste wir immer länger.

Und damit das alles besser funktioniert wird auf dem Flughafen Fuhlsbüttel ein sogenanntes „Ausreisegewahrsam“ gebaut. Dort sollen zunächst bis zu 4 Tage Menschen eingeschlossen werden, um sie dann direkt abzuschieben. Das ist eine andere Art Abschiebegefängnis!

Die Glasmoorgruppe hat 10 Jahre gegen den Abschiebeknast von Hamburg gekämpft und wird auch Widerstand gegen den Abschiebegewahrsam organisieren.

Wir rufen dazu auf:

Kommt zahlreich zur Kundgebung am 26.03.2016 auf dem Flughafengelände um 11 Uhr an Terminal 1!
Bleiberecht für alle!
Keine Abschiebungen und keine Abschiebehaft egal wo!

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de 22.03.2016 ■

Abschiebungen in den Kosovo

Die rigorose Abschiebepolitik Baden-Württembergs setzt sich fort. Schon wieder wurden viele Familien in den Kosovo abgeschoben. Außerdem hat sich nun wohl auch Baden-Württemberg entschlossen, sich der Praxis anzuschließen Menschen nach Afghanistan abzuschieben, obwohl die Theorie der sicheren Herkunftsregionen nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen kaum haltbar ist.

Am Donnerstag, 17.03. wurden erneut mindestens 13 Kinder (Drei jünger als drei Jahre, 10 jünger als 14 Jahre) in den Kosovo abgeschoben. Wie viele Menschen zwischen 14 und 18 Jahre alt sind ist nicht bekannt, da das RP Karlsruhe diese Daten nicht erwähnt. Insgesamt waren 34 Menschen von der Abschiebung betroffen. Die abgeschobenen Menschen lebten ausschließlich in den Landkreisen und Gemeinden Baden-Württembergs. Nicht mehr in einer LEA bzw. BEA.

Auch die folgenden Wochen werden Abschiebungen in die Länder des Westbalkans stattfinden. Aktion Bleiberecht veröffentlicht regelmäßig mögliche Abschiebungstermine auf seiner Internetseite.

Das RP Karlsruhe teilte uns außerdem mit, dass in der letzten Woche zwei Menschen nach Afghanistan abgeschoben wurden. In ein Land, indem letztes

---

Fortsetzung von Seite 9

mals akuten Streits zwischen Jean-Marie und Marine Le Pen, und dieses Mal auch während der Pariser Schulferien -, ein quantitativer Tiefpunkt erreicht.

Jean-Marie Le Pen seinerseits gibt nun den schwer Empörten: Einmal mehr werde eine gute alte Tradition, auf schändliche Weise und so grundlos, durch diese neumodisch orientierten und prinzipienlosen Anführer/innen aufgeopfert. Er, Jean-Marie Le Pen, fordere nun alle französischen Patrioten und alle tragenden Kräften der Nation – explizit nannte er unter anderem ***„Arbeitgeberverbände, Parteien und Vereine“***, seine rund um den 1. Mai übliche soziale Demagogie mal vorübergehend vergessend – zu einer kämpferischen Maiveranstaltung auf. Zu einem ***„1. Mai gegen den Islamischen Staat“***.[4] Dazu fordere er alle, die guten Willens dazu seien, zu einem Stelldichein am Vormittag des 1. Mai in der Nähe der Jeanne d‘Arc-Statue auf der Pariser place des Pyramides auf.

Den näheren Erfolg, oder Misserfolg, dieser „Spalterveranstaltung“ auf der extremen Rechten gilt es abzuwarten. Dass größere Menschenmassen dazu erscheinen werden, muss jedoch bislang als unwahrscheinlich gelten. Die Initiative wird zugleich die erste öffentliche von Jean-Marie Le Pens neuer Struktur sein: Er betätigte sich nach seinem Parteiausschluss als Vereinsgründer. Vor kurzem nun rief er einen ***association*** (entspricht im Deutschen einem Ding in der Spannbreite zwischen Verein und Bürgerinitiative) unter dem Namen ***Jeanne, au secours*** ins Leben. Mit diesen Worten, wörtlich „Jeanne (d‘Arc), zu Hilfe!“ hatte Jean-Marie Le Pen im vorigen Jahr den Auftrritt seiner Tochter und Nachfolgerin im Parteivorsitz, Marine Le Pen, unterbrochen und dadurch die Kundgebung vor der Pariser Oper gestört. Dort war er erstmals nicht auf die „Ehrentribüne“ eingeladen worden. Die Episode hatte damals seinen Ausschluss aus der Partei beschleunigt. Anführer der Vereinigung ist derzeit Laurent Ozon, ein ursprünglicher aus der intellektuellen „Neuen Rechten“ kommender Pseudo-Ökologe und Rassenideologe, der nach seinen entschuldigenden Worten für die Mordtaten von Anders Behring Breivik vom Juli 2011 durch Marine Le Pen aus der Partei gedrängt wurde.

„Es wird an diesem Tag keinen Platz für Angsthasen/Heulsusen und für Feiglinge geben“, verkündet Jean-Marie Le Pen und im Hinblick auf den 1. Mai martialisch[5]. Dem Vernehmen nach vermehrte der Mann, der im Juni dieses Jahres 88 – ein in Teilen der extremen Rechten hoch geschätzte Zahl… – wird, in den vergangenen Monaten die Kontakte unter den „Dissidenten“ der extreme Rechten, welche mit Marine Le Pen gebrochen haben: Er traf den Berufsantisemiten Alain Soral und den Chef der verbotenen Gruppierung L‘Oeuvre française, Yvan Benedetti, oder auch den früheren FN-Generalsekretär Carl Lang, der Anfang 2009 eine Splitterpartei unter dem Namen Parti de la France (PdF) begründet hat[6]. Ob jedoch jemand unter ihnen in dem alternden „Alten“ noch eine Zukunftsoption erblicken wird, sei vorläufig dahingestellt.

Bernard Schmid, Paris ■

4 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/03/22/97001-20160322FILWWW00149-le-pen-veut-faire-un-1er-mai-contre-l-ei.php

5 Vgl. http://www.liberation.fr/france/2016/03/22/jeanne-au-secours-jean-marie-le-pen-lance-son-minimouvement_1441355

6 Vgl. http://www.liberation.fr/france/2016/02/23/jean-marie-le-pen-a-sa-fille-retiens-moi-sinon_1435263

Jahr mindestens 11 000 Zivilisten umgekommen sind und sich die Lage eher verschlechtert als verbessert. Die baden-württembergische Landesregierung hätte die Möglichkeit von Abschiebungen nach Afghanistan abzusehen, so wie im Februar von der thüringischen Landesregierung geschehen.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 17.03.2016 ■

KFlüchtlingsrat begrüßt Urteil zu Salzhemmendorf

Nach einem Brandanschlag von Salzhemmendorf hat das Landgericht Hannover die beiden Haupttäter zu langen Haftstrafen verurteilt.

Wegen versuchten Mordes und Brandstiftung muss der 31 Jahre alte Werfer des Brandsatzes acht Jahre ins Gefängnis. Sein 25 Jahre alter Mittäter erhielt sieben Jahre Haft. Eine 24-jährige Frau, die die beiden Betrunkenen zum Tatort fuhr, wurde zu viereinhalb Jahren verurteilt. Anschlagsziel war die Wohnung einer geflüchteten Familie aus Simbabwe. Nur weil ein Junge bei seiner Mutter schlief, wurde niemand verletzt.

Der Flüchtlingsrat begrüßt das Urteil. Neben der zügigen Entscheidung ist v.a. bemerkenswert, dass die Staatsanwaltschaft den Anschlag von Anfang an als Mordversuch verfolgt und auch die Alkoholisierung nicht als relativierend gelten gelassen hat. Das Verfahren hat verdeutlicht, dass es offenkundig einen neonazistischen Hintergrund der Tat wie der Täter gibt. Insofern gilt es, diesen Hintergrund weiterhin im Blick zu behalten und effektive Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Aus der „Kaltland-Chronik“ (siehe https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=zRXRMdOAsCl8.kyvSAC0owDD0) für Februar 2016 (401 Straftaten allein im Februar!) lässt sich entnehmen, dass die Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts in unserer Gesellschaft enorm und die Gewaltbereitschaft erschreckend ist. Rassismus und Rechtsradikalismus sind keineswegs Probleme, die nur Sachsen oder die östlichen Bundesländer betreffen.

Kai Weber

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 17.03.2016 ■

Richter: Brandanschlag war wie NS-Terror

Die Verteidigung sprach von einem dilettantisch ausgeführten Anschlag im Suff – für das Landgericht war es Terror im Stil der NS-Zeit. Die Strafkammer verurteilte die Brandstifter von Salzhemmendorf zu mehrjährigen Haftstrafen.

Nach dem Brandanschlag auf ein bewohntes Flüchtlingsheim in Salzhemmendorf bei Hameln hat das Landgericht Hannover am Donnerstag die Täter zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Strafkammer befand den 31-jährigen Haupttäter Dennis L. des versuchten Mordes in vier Fällen und der versuchten Brandstiftung für schuldig. Dafür muss er für acht Jahre ins Gefängnis. Seinen Kumpanen Sascha D. (25) verurteilte das Gericht zu sieben Jahren Haft, er muss zudem eine Alkoholentziehung machen. Die dritte Angeklagte Saskia B. (24) erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten (Az: 39 Ks 20/15).

Die Täter nahmen das Urteil und die Begründung über weite Strecken regungslos zur Kenntnis. Mit starrem Blick nach unten folgten sie den Ausführungen des Vorsitzenden Richters Wolfgang Rosenbusch. Er sehe gleich drei Mordmerkmale als erfüllt an, sagte Rosenbusch an die Verurteilten gewandt. „Sie handelten aus niederen Beweggründen, heimtückisch und mit einer gemeingefährlichen Waffe.“ Er verglich sie mit „marodierenden SA-Trupps“, die bei Terrorakten 1938 Geschäfte in Brand gesetzt und Tote und Verletzte billigend in Kauf genommen hätten: „Das ist die Reihe, in die Sie mit ihrer Tat treten.“

Zweifelsfrei rechtsextremistisch

Das Gericht folgte mit dem Urteil weitgehend den Forderungen der Staatsanwaltschaft, die ebenfalls acht Jahre Haft für Dennis L. verlangt hatte. L. hatte gestanden, in der Nacht zum 28. August einen Molotow-Cocktail in ein überwiegend von Asylbewerbern bewohntes Mehrfamilienhaus in dem Ort bei Hameln geschleudert zu haben. Sascha D. hatte ihm beim Bau des Brandsatzes geholfen. Saskia B. hatte eingeräumt, die beiden Männer zum Tatort gefahren zu haben. Im Falle der angeklagten Frau ging das Gericht sogar um vier Monate über die Forderung der Staatsanwältin hinaus.

Es stehe außer Zweifel, dass die Männer dem Rechtsextremismus zugeordnet werden müssten, sagte der Vorsitzende. Bei Saskia B. sei dies nicht erkennbar. Dennoch gelte auch für sie „Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass als das einzig denkbare Motiv“. Das Gericht verurteilte sie zudem als Mittäterin und nicht als Gehilfin. Sie habe „ein ganz erhebliches Maß an Tatherrschaft“ gehabt, sagte Rosenbusch an die 24-Jährige gewandt: „Sie gehören nicht zu denen, die sich das ausgedacht haben, aber Sie hätten es stoppen können.“

Familie mit Kindern nur knapp entkommen

Die Verteidiger hatten auf Strafmilderung plädiert. Sie führten den Anschlag auf den starken Alkoholkonsum der Täter zurück und bestritten einen fremdenfeindlichen Hintergrund. In seiner Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende jedoch klar, dass das Gericht davon ausgehe, dass keiner der Täter durch Alkohol in seiner Steuerungsfähigkeit erheblich eingeschränkt gewesen sei: „Sie waren so klar im Kopf, dass sie in diesem Moment genau wussten, was sie taten.“

Bei dem Anschlag waren eine damals 34-jährige Frau aus Simbabwe und ihre drei Kinder nur knapp den Flammen entkommen. „Dass die Familie erheblich traumatisiert ist, sollte jedem verständlich sein“, sagte Rosenbusch. Zwar habe niemand körperliche Folgen davongetragen, die seelischen Folgen für die Opfer seien jedoch enorm. Der Brandsatz durchschlug das Fenster eines Kinderzimmers und versengte dort den Fußboden. Verletzt wurde niemand, weil der elfjährige Sohn der Afrikanerin in dieser Nacht ausnahmsweise bei seiner Mutter schlief.

Die beiden angeklagten Männer hatten vorher Rechtsrock gehört und große Mengen von Weinbrand und Bier getrunken, bevor sie den Molotow-Cocktail bastelten. In dem Haus hielten sich zur Zeit des Anschlags rund 40 Personen auf – neben deutschen Bewohnern waren dies Asylsuchende aus dem Irak, Pakistan, Syrien, der Elfenbeinküste und Simbabwe. Die Tat sorgte bundesweit für Entsetzen.

Quelle: http://www.migazin.de *18.03.2016* ■

EU-Türkei-Deal: Schande für Europa

Heute soll der neue Deal mit dem türkischen Premierminister Davotoglu in trockenen Tüchern sein. Die Einigung der Staats- und Regierungschefs der EU von heute Nacht „ist eine Schande für Europa. Dies ist ein bitterer Tag für Flüchtlinge. Die EU verkauft die Menschenrechte von Flüchtlingen an die Türkei“, so PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Heute wird nur noch über die Höhe der Gegenleistungen verhandelt.

Im Grenzstaat Griechenland drohen nun pro forma-Verfahren mit anschließender Masseninhaftierung und Massenabschiebung. Das Flüchtlingsrecht und die Menschenrechtskonvention werden ausgehebelt. „Griechenland wird zum Asyllager der EU, die Türkei zum Vorposten. Das ist eine moralische und rechtliche Bankrotterklärung. Vom Europa der Werte haben wir uns nun zum Europa der Zäune entwickelt“, so Burkhardt weiter.

Das ist eine Kehrtwende in der Geschichte der Europäischen Union. Die Türkei mit ihren fast drei Millionen Flüchtlingen kann weder individuelle Asylverfahren durchführen, noch ihnen Schutz gewähren. Sie ist kein sicherer Drittstaat im Sinne des Flüchtlingsrechts und hat bereits hunderte Flüchtlinge nach Syrien und in den Irak abgeschoben.

Aus Griechenland sollen nun alle Schutzsuchenden, die von der Türkei aus auf den griechischen Inseln ankommen, in die Türkei zurückverfrachtet werden. Europa zeigt sich im Gegenzug bereit, für jeden syrischen Flüchtling, der in die Türkei abgeschoben wurde, über Resettlement einen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufzunehmen. Derzeit stehen noch knapp 18.000 Plätze der im Juli 2015 vereinbarten Resettlement-Zusagen zur Verfügung. Der Deal spielt syrische gegen andere Schutzsuchende aus. Offensichtlich ist überdies eine Aufnahmebereitschaft in Europa kaum vorhandenen.

Täuschung der Öffentlichkeit: Es wird in Europa zu Menschenrechtsverletzungen kommen

Der Beschluss der Staats- und Regierungschefs scheint sich an der Vorlage der Europäischen Kommission, die die Pläne in einer Mitteilung konkretisiert hat, zu orientieren. Die massive Kritik daran blieb nicht ganz folgenlos: Nun soll wenigstens eine Einzelfallprüfung in der EU stattfinden, allerdings im Schweinsgalopp. Die offensichtliche Rechtswidrigkeit wird nicht beseitigt. Es drohen Massenabschiebungen ohne eine rechtsstaatliche und faire inhaltliche Prüfung der Schutzbedürftigkeit.

Griechenland: Desolates Asylsystem und Ausbau der Haftkapazitäten

Die Durchführung von Einzelverfahren aller in Griechenland ankommenden Schutzsuchenden ist angesichts des faktisch nicht existierenden Asylsystems in Griechenland eine Farce. Griechenland hat nicht die Kapazität, faire Asylverfahren durchzuführen. Im März landeten täglich rund 1300 Schutzsuchende auf den griechischen Inseln, seit Jahresbeginn waren es 143 634.

In Griechenland existiert nach wie vor kein rechtsstaatliches Asylverfahren: Es gibt weder ein ausreichend ausgestattetes Gerichtssystem, das es erlaubt, Entscheidungen der Behörden durch Gerichte zu prüfen, noch ein menschenwürdiges Aufnahmesystem. Zurzeit halten sich rund 50 000 Flüchtlinge in Griechenland auf, es stehen bisher jedoch lediglich 30 000 Unterbringungsplätze zur Verfügung.

Die Kommission fordert, zusätzliche „separate Einrichtungen für irreguläre Migranten“ einzurichten und die Haftkapazitäten zu erhöhen, um Schutzsuchende bei der Gefahr des Untertauchens festzusetzen. Es droht das Zurück zu einer exzessiven Inhaftierungspraxis in Griechenland, die in den Vorjahren immer wieder massiv kritisiert und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt wurde.

Quelle: Presseerklärung Po Asyl 18.03.2016 ■

Menschenrechtsanwälte in der Türkei festgenommen

„Die türkische Polizei geht erneut gegen Menschenrechtsanwälte vor. Neun Anwälte wurden vorgestern festgenommen und sollen morgen dem Haftrichter vorgeführt werden. Ich erwarte von der Bundesregierung und der Europäischen Union, bei der türkischen Regierung gegen diesen erneuten Anschlag auf demokratische Grundrechte zu protestieren“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Jelpke weiter:

„Die türkische Regierung ist drauf und dran, die Türkei zur Diktatur umzugestalten. Jetzt hat es Anwälte des Freiheitlichen Juristenvereines ÖHD erwischt, die kurdische Aktivistinnen und Aktivisten und andere Oppositionelle vertreten. Sie haben sich in der Vergangenheit bei der Regierung nicht zuletzt dadurch unbeliebt gemacht, dass sie Klagen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wegen Menschenrechtverletzungen durch türkische Behörden in den kurdischen Gebieten angestrengt hatten.

Neben neun Anwälten sind gleichzeitig 20 andere politische Gegner des Erdogan-Regimes festgenommen worden. Die Gründe dafür wurden weder den Beschuldigten selbst noch ihren Rechtsbeiständen mitgeteilt – die Verfahrensakten sind als geheim eingestuft. Es ist damit zu rechnen, dass sie morgen in Untersuchungshaft genommen werden.

Die Polizeiaktion ist ein weiterer Schritt in einer stets länger werdenden Serie von Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Regierung. Diese zeigt sich immer offener als autoritäres Regime, das auf demokratische Grundrechte keine Rücksicht nimmt. Die Bundesregierung und die EU müssen ihren Kuschelkurs gegenüber Erdogan beenden und ihm unmissverständlich klarmachen, dass er mit einer solchen Politik kein Partner der Europäischen Union sein kann.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 18.03.2016 ■

Zum Kurdischen Newroz 2016: Flüchtlingsdeal der EU ignoriert Menschenrechtslage

Guten Anlass zum Feiern bietet das traditionell am 21. März begangene kurdische Neujahrsfest – Newroz – in diesem Jahr nicht. Die Lage der kurdischen Bevölkerung in der Türkei ist so schlecht wie seit den 1990er Jahren nicht mehr. Seit Präsident Recep Tayyip Erdoğan nach den türkischen Parlamentswahlen im Sommer 2015 den Friedensprozess mit der kurdischen PKK aufgekündigt hat, mehren sich die militärischen Angriffe auf Stellungen der PKK.

Besonders aber nimmt die Armee im Zuge ihrer „Aufstandsbekämpfung“ die mehrheitlich kurdische Zivilbevölkerung in den Städten Diyarbakir, Cizre, Silvan, Idil und ganz aktuell Yüksekova unter Feuer. Dort herrscht seit Monaten Belagerungszustand. Hunderte

Ostermarsch Hannover

Mit dem Aufruf „Wir wollen verdeutlichen, dass wir Krieg, Flüchtlingselend und Armut nicht als ‚Naturgesetz‘ sehen, sondern als von Menschen gemacht und deshalb von Menschen auch veränderbar!“ wurde zum Ostermarsch mobilisiert. Kriege stoppen – Fluchtursachen beseitigen! Geflüchtete Menschen willkommen heißen!
Unter diesen Forderungen fand am Samstag den 26.03.2016 die Ostermarschaktion unter Beteiligung von 250 Leuten statt. Etliche Organisationen, Initiativen, politische Gruppen beteiligten sich an der Kundgebung und einer kurzen Demonstration in der Innenstadt.

Menschen und ganze Stadtgebiete fielen und fallen weiterhin den Auseinandersetzungen von türkischem Militär und PKK zum Opfer.

Laut EU-Berichterstatterin Kati Piri sind mittlerweile ca. 400 000 Menschen aus ihren Häusern, Dörfern und Städten geflohen. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die gegen diese Politik ihre Stimme öffentlich erhoben, wurden verhaftet und mit Entlassung und Berufsverbot bedroht. Darüber hinaus herrscht in der Türkei seit Monaten offene Unterdrückung türkischer Oppositioneller, kritischer Presse, Bürgerinitiativen oder einfach nur empörter Menschen. Auch die Situation der irakischen, syrischen und anderen Flüchtlinge im Land ist höchst prekär.

Dies alles hält die Bundesregierung und die EU nicht davon ab, die Türkei als probaten Partner im Umgang mit der Flüchtlingszuwanderung zu betrachten. Die Menschenrechtslage wird augenscheinlich bewusst ignoriert. Der aktuell von der EU mit besonderer Unterstützung der Bundesregierung beschlossene Deal sieht vor, dass Flüchtlinge, die sich der Überlebensnot in der Türkei unter Lebensgefahr nach Europa entzogen haben, ohne seriöse Prüfung ihrer Fluchtgründe zurückgeschickt werden können.

Ein Schlag ins Gesicht sämtlicher Opfer türkischen Regierungshandelns ist die Überlegung, die Türkei als sicheren Drittstaat oder gar als sicheres Herkunftsland einzustufen. Das im Auftrag der Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisation PRO ASYL erstellte Rechtsgutachten vom 4.3.2016 weist darauf hin, dass die Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention nur mit geografischem Vorbehalt unterzeichnet hat. Dadurch haben außereuropäische Flüchtlinge, z.B. aus Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Eritrea etc. in der Türkei keine Aussicht auf eine Flüchtlingsanerkennung.

„Schon mit dem Nachdenken darüber, die Türkei als sicheren Drittstaat einzustufen, leistet die Politik einen Offenbarungseid über die so gern beschworenen europäischen Werte“, mahnt Dr. Gisela Penteker vom Vorstand des Flüchtlingsrat Niedersachsen, die sich gegenwärtig in der Türkei aufhält. „Dass systematisch über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei hinweggesehen wird, nur um Männern, Frauen und Kindern, die dem Krieg und anderen Überlebensnöten zu entfliehen suchen, den Zugang nach Europa zu versperren, ist eine weitere Ertappe im europäischen Wettlauf flüchtlingspolitischer Schäbigkeiten“, klagt Penteker.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen schließt sich daher dem Aufruf verschiedener Menschenrechtsorganisationen „Stoppt den Kreislauf der Gewalt in der Türkei!“ an die Regierungen der EU-Staaten an, Menschenrechtsverletzungen in der Türkei anzuprangern und sich für die Wiederaufnahme des türkisch-kurdischen Friedensprozesses einzusetzen. Das Newroz-Fest am 21. März ist ein geeigneter Anlass, damit zu beginnen.

Quelle: Pressemitteilungen Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 20.03.2016 ■

Endlich! Gesundheitskarte für Flüchtlinge kommt!

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. begrüßt Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende in Niedersachsen und fordert ihre umgehende Umsetzung in den Kommunen

Die Unterzeichnung einer Landesrahmenvereinbarung zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und den Landesverbänden der Gesetzlichen Krankenversicherungen schafft die lang ersehnte Grundlage zur Ermöglichung der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende.

„Die Einführung der Gesundheitskarte ist überfällig. Sie kann dazu beitragen die Diskriminierung beim Zugang zu Gesundheitsleistungen zu verringern. Jetzt liegt der Ball bei den Kommunen, die zügig von der neuen Möglichkeit Gebrauch machen sollten“, so Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats.

Die neue Regelung ermöglicht den niedersächsischen Kommunen einen Beitritt zur Rahmenvereinbarung und die Nutzung der Gesundheitskarte ab 01. April 2016. Für die Asylsuchenden entfiele dann die diskriminierende Praxis, vor dem Besuch eines Arztes oder einer Ärztin zunächst beim Sozialamt vorsprechen und um die Ausstellung eines Krankenscheins betteln zu müssen. Für die kommunalen Verwaltungen entfällt der bisherige bürokratische Aufwand der Prüfung und Bewilligung eines Krankenscheins.

„Wir fordern die vielen kommunalpolitisch Aktiven und ehrenamtlichen Initiativen in ganz Niedersachsen auf, sich vor Ort dafür einzusetzen, dass die Gesundheitskarte flächendeckend eingeführt wird, so Weber.

Der Leistungsumfang der Gesundheitskarte bleibt allerdings weiterhin eingeschränkt durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Leider ist im Jahr 2014 die historische Chance verpasst worden, dieses diskriminierende Gesetz ganz abzuschaffen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 17.03.2016 ■

Sicherstellung der Rechte von Asylsuchenden

„Die Bundesregierung prüft gesetzliche Änderungen, um die Inanspruchnahme sozialer und sonstiger Rechte von Asylsuchenden sicher zu stellen. Dies geht aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken hervor. Hintergrund ist die unklare Rechtslage bei Asylsuchenden, die über viele Monate hinweg keinen Termin zur Asylantragstellung erhalten, etwa in Bezug auf den Arbeitsmarktzugang“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur unklaren Rechtslage infolge verzögerter Asylantragstellungen (BT-Drs. 18/7834). Jelpke weiter:

„Wegen des Organisationschaos der Behörden dauert es derzeit oft viele Monate, bevor Asylsuchende einen Termin zur Asylantragstellung erhalten. Erst danach beginnen zum Beispiel die Fristen für den Arbeitsmarktzugang an zu laufen. Asylsuchende unterliegen einem dreimonatigen Arbeitsverbot, danach gilt für weitere zwölf Monate die sogenannte Vorrangprüfung. Bei Asylsuchenden, die keinen Termin zur formellen Asylantragstellung erhalten, verlängern sich also die entsprechenden Wartefristen ohne ihr Zutun. Nach geltendem Recht werden sie damit faktisch für die Versäumnisse des Staates bestraft. Das ist absurd und rechtsstaatswidrig.

Gut, dass die Bundesregierung dies offenbar ändern will. Schlecht, dass sie es trotz zahlreicher Gesetzesänderungen im Asylrecht nicht längst getan hat. Statt mit dem Aufenthaltsnachweis eine neue ‚Zwischen-Bescheinigung‘ für Asylsuchende zu schaffen, hätte einfach geregelt werden können, dass bei Ankunft in der Erstaufnahmeeinrichtung gleich eine Aufenthaltsgestattung erteilt wird. Damit wären alle rechtlichen Unklarheiten

geklärt. Es würde aber auch offengelegt, wie lange die Asylverfahren inklusive der Wartefrist auf die Antragstellung tatsächlich dauern. Nämlich nicht gut fünf – wie offiziell behauptet –, sondern eher acht bis zwölf Monate."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 18.03.2016 ■

Rassistische Vorurteile treten immer offener auf

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März fordert Amnesty Politik und Behörden dazu auf, konsequenter gegen rassistische Übergriffe vorzugehen

BERLIN „In vielen Ländern Europas treten rassistische Ressentiments in Gesellschaft und Politik immer offener zu Tage. Das zeigt sich unter anderem an den Erfolgen rechtspopulistischer Parteien in Frankreich, den Niederlanden, Polen, Ungarn – und auch in Deutschland", sagt Selmin Çalışkan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus am 21. März. „Gerade im Umgang mit den vielen schutzsuchenden Menschen zeigt sich, wie tief verwurzelt rassistische Vorurteile sind", so Çalışkan.

Deutschland erlebt seit Monaten eine drastische Zunahme rassistisch motivierter Gewalt. 1005 Mal sind Flüchtlingsunterkünfte nach Angaben des Bundeskriminalamts im vergangenen Jahr zum Ziel rassistisch motivierter Straftaten geworden. Damit hat sich die Zahl dieser Angriffe im Vergleich zum Jahr 2014 verfünffacht.

„Fast täglich kommt es in Deutschland zu rassistischen Übergriffen. Das zeigt, dass die Hemmschwelle für Gewalt gegen Schutzsuchende, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen, bei denen ein Migrationshintergrund vermutet wird, deutlich gesunken ist", sagt Çalışkan. „Nur jede vierte Tat wird aufgeklärt, diese niedrige Aufklärungsquote ist für einen Rechtsstaat wie Deutschland absolut inakzeptabel. Die Behörden müssen ein deutliches Zeichen setzen und rassistische Täter konsequenter verfolgen und bestrafen. Jeder Mensch in Deutschland muss sich darauf verlassen können, dass der Staat ihn beschützt – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Sprache oder sexueller Orientierung."

Ein Grund dafür, dass Rassismus in Deutschland wieder gesellschaftsfähig geworden ist, liegt auch im jahrelangen Versagen von Politik und Behörden, rassistische Vorurteile einzudämmen. „Statt sich deutlicher von rassistischer Hetze zu distanzieren, haben viele Politikerinnen und Politiker zu wenig gegen Rassismus getan; einige haben selbst Stimmung gegen Flüchtlinge gemacht und diffuse Ängste geschürt – und so dazu beigetragen, dass Rassismus in vielen Teilen der Bevölkerung gesellschaftlich akzeptiert wird", so Çalışkan. „Unter dem Deckmantel des ‚besorgten Bürgers' bekennen sich inzwischen immer mehr Menschen in Deutschland zu rassistischen Parolen und unterstützen so auch gegen Flüchtlinge gerichtete Gewaltfantasien von Schießbefehlen an der Grenze."

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus am 21. März fordert Amnesty von Politik und Behörden, dass sie Rassismus als Problem in Deutschland ganz oben auf ihre Agenda setzen. „Es ist absolut notwendig, dass endlich anerkannt wird, dass Rassismus in Deutschland ein Problem ist. Parteien und Behörden sind jetzt gefordert, parteipolitische Interessen hinter sich zu lassen, um gemeinsam mit der Zivilgesellschaft dafür Sorge zu tragen, dass die Menschenrechte jedes Einzelnen in Deutschland gewahrt werden", sagt Çalışkan."

Am Samstag (19.03.2016) findet der bundesweite Aktionstag Hand in Hand gegen Rassismus statt. In mehr als 60 Orten in ganz Deutschland (u.a. Berlin, Frankfurt, Magdeburg, Mainz und Ulm) veranstaltet ein breites Organisationsbündnis Aktionen wie Flashmobs, Kundgebungen und Mahnwachen.

Zu dem Bündnis zählen neben Amnesty International die Arbeiterwohlfahrt, Campact, DaMigra, Deutscher Kulturrat, Deutsches Kinderhilfswerk, Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, Interkultureller Rat in Deutschland, IPPNW Hamburg, Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Humanistische Union, Lesben- und Schwulenverband Deutschland, medica mondiale, München ist bunt, Naturfreunde Deutschlands, Oxfam, Der Paritätische Gesamtverband, PRO ASYL, Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus und terre des hommes.

Quelle: AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. 18.03.2016 ■

Rassismus ist salonfähig geworden

Am Jahrestag gegen Rassismus warnt der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg vor geistigen Brandstiftern

Für 2015 meldet Pro Asyl 1065 Anschläge auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Heidenau, Bautzen, Clausnitz…. Der Rassismus zeigt in Deutschland abermals seine hässliche Fratze. Schutzlose, hilfesuchende Menschen werden zu Opfern des Hasses wie schon Anfang der 1990er Jahre und Anfang der 1930er Jahre. Hass lässt kein Geschichtsbewusstsein zu. Die Anschläge haben Schlagzeilen gemacht und das Entsetzen bei den Politikern und der Mehrheit der Bevölkerung war groß. Es sei nur eine kleine verantwortungslose Minderheit, die so handele. Wirklich? Rassismus hat viele Gesichter. Die Gewalttäter zählen auf Beifall in der Gesellschaft: Ohne Pegida, die AfD oder ähnliche Gruppierungen gäbe es Gewalt in diesem Ausmaß nicht. Viele Politiker tragen das Ihre dazu bei, wenn sie sich für die Schließung der Grenzen innerhalb und außerhalb Europas mit militärischen Mitteln stark machen und die Flüchtlinge damit ihrem Schicksal überlassen.

Aber das Klima für rassistische Gewalttaten wird auch in ganz anderen Kreisen beeinflusst, von denen man eher das Gegenteil erwartet hätte, z.B. von zahlreichen Intellektuellen. Eine beschämende Erkenntnis am Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März: Rassismus ist wieder salonfähig geworden. Er tritt in der Gestalt weise argumentierender Bedenkenträger auf. Nein, Gewalt gegen Flüchtlinge, das lehnen wir ab, so hört man es bei ihnen, aber Deutschland sei doch längst an die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit gelangt, die Polarisierung der Gesellschaft nehme zu, der gesellschaftliche Friede sei durch die Flüchtlinge gestört, wie die rechtsradikalen Anschläge ja deutlich zeigten. Besonders beunruhigt sie, ob die Integration von so vielen Muslimen gelingen könne, und dass unsere europäischen Werte in Gefahr seien. Eine zahlenmäßige Begrenzung, die viel beschworene Obergrenze, müsse es geben und auf die Frage, wie das zu machen sei, wird dann schon mal der Schießbefehl bemüht, ja, wenn Flüchtlinge die Grenze stürmen, dann…

Diese Intellektuellen befinden sich in guter Gesellschaft, z.B. bei dem Philosophen Peter Sloterdijk, der die Drohkulisse einer „Überrollung" Deutschlands aufbaut. Auch Worte können Gewalt erzeugen. Intellektuelle werden so zu geistigen Brandstiftern, die das Klima in der Gesellschaft vergiften. Was hört man von diesen Leuten über das Leid und die Schutzbedürftigkeit der Flüchtlinge? Nichts. Was hört man von ihnen über Deutschlands und Europas Mitverantwortung für die Fluchtursachen, für die Gräuel des Krieges in Syrien? Nichts. Und man hört auch nichts über die Folgen einer Grenzschließung, die den Flüchtlingen, die sich vor dem Krieg gerettet haben, neues Elend bereitet. In den meisten Fällen haben diese Intellektuellen noch nie einen Flüchtling kennengelernt, noch nie eine Flüchtlingsunterkunft von innen gesehen und sind in ihrem persönlichen Leben in keiner Weise von der Anwesenheit von Flüchtlingen beeinträchtigt.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 18.03.2016 ■

Vollständige Erklärung: http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/rassismus-ist-salonfaehig-geworden-am-jahrestag-gegen-rassismus-warnt-der-fluechtlingsrat-baden-wuerttemberg-vor-geistigen-brand.html

Die verlorene Ehre des Bartholomäus Schink

Viel ist bereits zu den Kölner Edelweißpiraten geschrieben worden. Überlebende wie Jean Jülich, Fritz Theilen und Gertrud (Mucki) Koch haben ihre Erinnerungen veröffentlicht. Gutachten wurden erstellt. Alexander Goeb veröffentlichte bereits 1981 ein Jugendbuch zum Thema: „Er war sechzehn, als man ihn hängte – Das kurze Leben des Widerstandskämpfers Bartholomäus Schink".

Jetzt hat er sich erneut mit diesem Thema auseinandergesetzt, vor allem mit dem Umgang mit dieser Art des Widerstandes in der Zeit nach dem Krieg. Im Brandes & Apsel Verlag Frankfurt erschien seine Dokumentation „Die verlorene Ehre des Bartholomäus Schink. Jugendwiderstand im NS-Staat und der Umgang mit den Verfolgten von 1945 bis heute."

Das Buch gliedert sich in die Teile: „Krieg und Verfolgung", „Kriegsende und Kalter Krieg" und „Späte Ehrungen".

Im ersten Teil kommen hauptsächlich die Akteure selbst zu Wort, Ausschnitte aus Interviews mit Überlebenden, mit Angehörigen der Hingerichteten lassen die damalige Situation lebendig werden. Es wird klar, diese Jugendlichen waren Nazigegner. Das Kapitel endet mit dem Vernehmungsprotokoll von Bartholomäus Schink, dem mit 16 Jahren erhängten Jugendlichen. Goeb schreibt dazu: „Der Text dieser Vernehmung eines Todeskandidaten ist nicht die Sprache des 16-jährigen Bartholomäus Schink. Es ist die Sprache der Gestapo-Folterer des Sonderkommandos Kütter. Das Nazi-Protokoll wir hier in voller Länge veröffentlicht. Es belegt … den Mut der Jugendlichen, die Nazi-Macht in ihrer letzten Phase zu bekämpfen und dabei ihr Leben aufs Spiel zu setzen".

Im zweiten Abschnitt des Buches geht der Autor der Frage nach, wie es geschehen konnte, dass alle über Jahrzehnte unternommenen Versuche um Wiedergutmachung und Rehabilitierung in den Gerichtssälen scheiterten. Er schildert das politische Klima der frühen Bundesrepublik, den Prozess gegen die Gestapo-Schergen, die mit relativ geringen Gefängnisstrafen davonkamen. Der Hauptangeklagte Hoegen erhielt 9 Jahre, war aber bereits 1953 schon wieder auf freiem Fuß. Auch dieses Kapitel lebt von den vielen Zeitzeugen, die zu Wort kommen. Erst hatte die Mutter von Bartholäus Schink versucht, die Anerkennung ihres Sohnes als politisch Verfolgter durchzusetzen, nach ihrem Tod setzte die Schwester diese Bemühungen fort. Goeb dokumentiert die Briefe, die zwischen ihnen und den Behörden ausgetauscht wurden, die Zeugenaussagen, die beigebracht wurden, um zu belegen, aus welchen Motiven die Jugendlichen gehandelt hatten. Nur einem einzigen der Hingerichteten, Günter Schwarz, wurde letztlich ein Wiedergutmachungsanspruch als rassisch Verfolgter zugestanden, weil sein ermordeter Vater Jude war.

Als Israel 1983/84 Jean Jülich, Bartholomäus Schink (in Vertretung durch seine Schwester Karoline Banten) und Michael Lovy die höchste Auszeichnung als „Gerechte der Völker" verleihen wollten, flammte die Diskussion wieder auf. Aus dieser Zeit wird die Debatte dokumentiert, die damals im Landtag NRW geführt wurde und die letztlich zu dem sog. Rusinek-Gutachten führte, das dann mit seinem Fazit „nicht kriminell aber auch kein Widerstand" für viele weitere Jahre die Rehabilitierung der Edelweißpiraten verhinderte.

Der dritte Abschnitt ist kurz und schildert die späten Ehrungen, die dann doch noch kamen, als Regierungspräsident Roters 2003 erklärte, für ihn seien die in Ehrenfeld hingerichteten Jugendlichen Nazigegner und Widerstandskämpfer. Ein Schritt, so Goeb, zu dem sich die Wissenschaftler bis heute nicht durchringen konnten.

Alexander Goeb schafft es, die Geschichte der Kölner Edelweißpiraten und den Umgang mit dieser Geschichte noch einmal neu zu erzählen, spannend und authentisch, mit vielen Dokumenten und Stimmen. Die wenn auch späte Aufarbeitung der NS-Zeit und ihre Folgen haben andere Sichtweisen ermöglicht, schreibt Goeb in seiner Schlussbemerkung. „So findet endlich auch der vergessene oder geleugnete Widerstand der „kleinen Leute" Anerkennung."

Alexander Goeb: Die verlorene Ehre des Bartholomäus Schink. Jugendwiderstand im NS-Staat und der Umgang mit den Verfolgten von 1945 bis heute. Die Kölner Edelweißpiraten. Verlag Brandes & Apsel Frankfurt, 178 Seiten, Frz. Broschur, ISBN 978-3-95558-162-6, 16,90 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die CDU nach rechts treiben

Junge Freiheit Nr. 11/16 bis 13/16
vom 11., 18., 25. März 2016

Vor den Landtagswahlen am 13. März prophezeit Chefredakteur Dieter Stein ein politisches Erdbeben. Anlass ist das Ergebnis der hessischen Kommunalwahlen, bei denen die AfD landesweit 13 Prozent erreichte. „Der Alleinvertretungsanspruch des bürgerlichen Lagers mit Ewigkeitsgarantie, für den Adenauer und Kohl standen – die CDU verspielt ihn endgültig. Die AfD wird nach dem 13. März in acht von 16 Landtagen vertreten sein – ein beispielloser Siegeszug. Ihr Erfolg speist sich aus bitterer Enttäuschung von Wählern aus der Mitte der Gesellschaft. Die Arithmetik der politischen Verhältnisse in Deutschland wird sich spürbar verschieben, die gesellschaftliche Linksdrift steht vor ihrem Ende.“ Schon hier deutet Stein an, dass er auf eine Rechtsverschiebung in der CDU hofft. Deutlicher wird dies im Leitartikel nach den Landtagswahlen: „Konrad Adenauer war in den Anfangsjahren der Republik das Kunststück gelungen, mehrere konservative Parteien zu umarmen und aufzusaugen. Mit einem domestizierten konservativen Flügel und einer Arbeitsteilung zwischen CDU und CSU schien die Parole von Franz Josef Strauß in Erz gegossen, es werde „rechts von der Union“ keine Partei mehr emporgelassen … CDU-Chefin Merkel vergrößerte mit der von ihr in die Wege geleiteten Linksdrift der CDU noch einmal die Lücke für eine solche neue Partei. … Die Erschütterung bei den „im Zweifel linken“ Meinungseliten ist nun groß: In allen drei Bundesländern gibt es faktisch keine rot-grünen, geschweige rot-rot-grünen Mehrheiten. Es zeigt sich, dass die Differenzierung des parteipolitischen Angebotes plötzlich zu Wahlergebnissen führt, die – politischen Willen vorausgesetzt – zu neuen bürgerlichen Mehrheiten führen könnten.“ Das ist mehr als die Hoffnung auf ein Bündnis von CDU und AfD – doch Stein ist auch klar, dass die AfD noch nicht stabil ist und der Erfolg verspielt werden kann: „Wie einst bei den Grünen in ihrer turbulenten und von Richtungskämpfen gezeichneten Aufbauphase stehen der AfD nun, gesteigert durch die Last der großen Wahlerfolge, die Mühen der Professionalisierung bevor. Entpuppen sich die neuen Fraktionen als Panoptikum verkrachter Existenzen und Sektierer, erliegen die Neupolitiker den materiellen Versuchungen, erstickt ein Geist der Verbeamtung den Idealismus der Basis? Die AfD hat einen riesigen Vertrauensvorschuss erhalten. Es wird sich zeigen, ob diese historische Chance erkannt oder verspielt wird.“

In eine etwas andere Richtung argumentiert in der darauffolgenden Ausgabe der Historiker und Journalist Martin Lohmann, der 2013 aus der CDU ausgetreten ist: Er tritt dafür ein, dass die CSU künftig bundesweit antritt – und so quasi die AfD ersetzt. Blattautor Paul Rosen warnt vor einer möglichen schwarz-grünen Koalition in Baden-Württemberg und erinnert an den Zerfall der Democrazia Cristiana in Italien. Und Dieter Stein hofft auf „fairen … Streit von links, Mitte bis rechts zum Wohle des Landes“ gibt. Er konstatiert: „Aufgeschreckt diskutieren Politiker und Journalisten, wie die neue Partei gestoppt werden könnte: „Ignorieren? Attackieren? Von rechts umschmeicheln?“ fragt verzweifelt Spiegel Online Anfang der Woche in einer Analyse, wie Parteien „die AfD entzaubern“ wollen. Zunehmend macht sich Ratlosigkeit breit, dass der Einbruch der als „Rechtspopulisten“ Gescholtenen tief in die politische Mitte reicht, dass sogar bemerkenswert viele Anhänger von Linken und Grünen zur AfD gewechselt waren. Es fällt offenbar schwer anzuerkennen, daß viele Bürger schlicht anderen Positionen, anderen Antworten zuneigen und Dialogverbote, tabuisierte Debatten empören.“

Dreh- und Angelpunkt der Debatte im Blatt ist die – unausgesprochene – Frage, ob und wie die CDU für eine Koalition mit der AfD bereit gemacht werden kann. Dass das nur ohne Angela Merkel gelingen könnte, ist Übereinkunft im Blatt. Sie wird verantwortlich gemacht für den sogenannten „Linksruck“ der CDU.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370